



1 - Zentrale Aufgaben und Finanzen  
Az.: 1-002-13/vm

Alzey, den 11.10.2006

## **Niederschrift**

Nr. der Sitzung: **14**

Wahlperiode: **2004 - 2009**

Gremium: **Kreistag**

**Öffentlich/Nichtöffentlich**

Sitzungsdatum: **05.10.2006**

Uhrzeit: **14.00 - 16.15 Uhr**

Sitzungsort: **Kreisverwaltung, Sitzungsräume 119/120**

**Anwesenheitsliste**

<b>Vorsitzender</b>			
Landrat Görisch			
<b>Kreisbeigeordnete</b>	Anwesend von/bis TOP	Entschuldigt	Nicht entschuldigt
Jürging, Karl Heinz, Wörrstadt	1 - 13		
Klippel, Walter, Saulheim		X	
Erbes, Heribert, Spiesheim	1 - 13		
<b>Mitglieder des Kreistages</b>	Anwesend von/bis TOP	Entschuldigt	Nicht entschuldigt
<b>SPD-Fraktion</b>			
Anklam-Trapp, Kathrin, MdL, Monsheim		X	
Bothe, Ralph, Flörsheim-Dalsheim	1 - 13		
Corell, Christel, Gundersheim	1 - 13		
Dexheimer, Jutta, Flonheim	1 - 13		
Hagemann, Klaus, MdB, Osthofen	1 - 13		
Hübner, Ute, Flonheim	1 - 8 (bis 16 Uhr, während TOP 9)		
Jürging, Karl Heinz, Wörrstadt	1 - 13		
Kiefer, Gerhard, Eich	1 - 13		
Lenges, Franz-Josef, Eckelsheim	1 - 13		
Merker, Helga, Gau-Odernheim	1 - 13		
Müller, Bernd, Osthofen	1 - 8 (bis 16 Uhr, während TOP 9)		
Piegacki, Hans-Jürgen, Wöllstein	1 - 13		
Pühler, Karl-Heinz, Schornsheim	1 - 13		
Seebald, Gerhard, Wörrstadt	1 - 13		
Sommer-Kundel, Nicole, Alzey		X	
Steinmann, Werner, Alzey	1 - 13		
Willius, Klaus, Eich	1 - 13		
<b>CDU-Fraktion</b>			
Blüm, Gerhard, Gundheim	1 - 13		
Conrad, Markus, Armsheim	1 - 13		
Herok, Mirja, Flörsheim-Dalsheim		X	
Hoffmann, Wolfgang, Alsheim	1 - 3 (bis 15.45 Uhr, während TOP 4)		
Jung, Hansjörg, Gau-Bickelheim	1 - 13		
Knierim, Hans-Peter, Osthofen	1 - 13		
Köhm, Reinhold, Lonsheim	1 - 13		
Metzler, Jan, Dittelsheim-Heßloch	1 - 13		
Müller, Lucia, Wöllstein	1 - 13 (ab 14.15 Uhr)		
Pitsch, Anni, Alzey	1 - 13		
Rohschürmann, Heinz, Alzey	1 - 13		
Schnabel, Alfons, Wöllstein	1 - 13		
Schnabel, Heinz-Hermann, MdL, Erbes-Büdesch.	1 - 2 (bis 15.20 Uhr)		
Tauscher, Dr. Ludwig, Alzey	8 - 13 (ab 15.55 Uhr)		
Wagner, Walter, Westhofen	1 - 13		
Wolf, Peter-Franz, Sulzheim	1 - 13		

<b>Fortsetzung Mitglieder des Kreistages</b>	Anwesend von/bis TOP	Entschuldigt	Nicht entschuldigt
<b>FDP-Fraktion</b>			
Geil, Heinz-Ulrich, Monzernheim	1 - 13		
Lind, Ulrich, Gau-Odernheim	1 - 13		
Muth, Bettina, Mettenheim	1 - 13		
<b>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b>			
Becker, Klaus, Bornheim	1 - 13		
Kolb-Noack, Elisabeth, Dittelsheim-Heßloch	1 - 13		
Neumann, Detlev, Alzey	1 - 13		
Wildner, Jürgen, Eich	1 - 13 (ab 14.15 Uhr)		
<b>FWG-Fraktion</b>			
Busch, Wilfried, Kettenheim	1 - 13		
Clar, Georg-Heinz, Alzey	1 - 13		
Klenk-Kaufmann, Ute, Eppelsheim	1 - 13		
Mehring, Klaus, Osthofen	1 - 13 (ab 14.10 Uhr)		
Orb, Fritz, Westhofen		X	
Schnitzspan, Hildegard, Alzey	1 - 13		

<p><b>Kreisverwaltung</b>                  Reg.Dir. Linkerhägner                  KOVR Gosenheimer                  SozOAR Herz                  OAR Morch                  OAR Straus                  AR Rauschkolb                  AR U. Schmitt                  AR Sippel                  VA Stier</p>
---

<p><b>Gäste</b>                  Schüler/innen der MSS 13, Staatliches Aufbaugymnasium Alzey</p>
--

<p><b>Schriftführerin</b>                  KOS Marx</p>
---

**Landrat Görisch** eröffnete die Sitzung um 14.00 Uhr, begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße Einberufung mit Einladung vom 22.09.2006, die öffentliche Bekanntmachung der Sitzung am 28.09.2006 sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Er wies darauf hin, dass TOP 5 „Ersatzwahlen für das ausgeschiedene Mitglied des Kreistages Herr Knut Benkert (SPD)“ um „11. Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe“, ergänzt werde und machte auf das per Tischvorlage überlassene Heft 41 „Kinder- und familienfreundliche Landkreise“ aus der Schriftenreihe des Landkreistages aufmerksam.

Geltende

## **T a g e s o r d n u n g**

<u>TOP</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Drucksachen-</u> <u>nummer</u>
	<b><u>Öffentlicher Teil</u></b>	
-	Verpflichtung von Mitgliedern des Kreistages (§ 23 Abs. 2 Landkreisordnung - LKO)	
-	Einwohnerfragestunde	
1	1. Nachtragshaushaltssatzung/Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltjahr 2006 - Beschlussfassung	120/2006/1
2	1. Nachtragswirtschaftsplan des Abfallwirtschaftbetriebes für das Wirtschaftsjahr 2006 - Beschlussfassung	129/2006/1
3	Einführung der „Kommunalen Doppik Rheinland-Pfalz“ zum 01.01.2008 - Beschlussfassung	107/2006/1
4	Schulentwicklungsplan des Landkreises Alzey-Worms für 2005-2010 - Fortschreibung - Beschlussfassung	24/2006/2
5	Ersatzwahlen für das ausgeschiedene Mitglied des Kreistages Herr Knut Benkert (SPD)	130/2006
6	Ersatzwahlen für das ausgeschiedene Mitglied des Kreistages Herr Dr. Thorsten Lange (FDP)	131/2006
7	Ersatzwahl f. d. ausgeschiedene Mitglied des Psychiatriebeirates Herr Peter Schreiber	132/2006
8	Ergänzungswahl von Mitgliedern in den Integrationsbeirat	133/2006
9	Mitteilungen und Anfragen	

## **Verpflichtung von Mitgliedern des Kreistages (§ 23 Abs. 2 Landkreisordnung - LKO)**

Der Landrat verpflichtete die Kreistagsmitglieder Klaus Willius (Nachfolger von Herrn Knut Benkert, SPD) und Heinz-Ulrich Geil (Nachfolger von Herrn Dr. Thorsten Lange, FDP) namens des Landkreises durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten.

## **Einwohnerfragestunde**

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

<b>Tagesordnungspunkt 1</b>	<b>Drucksachenummer: 120/2006/1</b>
<b>Tagesordnungspunkt: 2</b>	<b>Drucksachenummer: 129/2006/1</b>

Vor Eintritt in die Beratung der Tagesordnungspunkte 1 und 2 bat der Landrat den Kreistag um sein Einverständnis, die zur Rede stehenden Tagesordnungspunkte wegen ihres engen Zusammenhangs gemeinsam zu behandeln. Es erhob sich kein Widerspruch.

Zu Beginn seiner Ausführungen merkte **Landrat Görisch** an, dass der Haushaltsvollzug in den zurückliegenden 9 Monaten zu Abweichungen von der Planung des Basishaushaltes geführt habe. Mit der Verabschiedung des Nachtragshaushaltes trage man dieser Entwicklung Rechnung, indem die erforderlichen Anpassungen an die aktuellen Gegebenheiten vorgenommen würden

Sodann verwies er auf den als Beratungsgrundlage vorgelegten Entwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung mit dem 1. Nachtragshaushaltsplan sowie des 1. Nachtragswirtschaftsplans für den Abfallwirtschaftsbetrieb. Die Entwürfe seien in den zuständigen Fachausschüssen vorberaten worden. Der Kreisausschuss und der Werksausschuss hätten sich in ihren Sitzungen am 05.09.d.J. bzw. 11.09.d.J. darauf verständigt, dass die Nachträge in der von ihnen vorberatenen Fassung in der heutigen Sitzung zur Beschlussfassung eingebracht werden können.

Der Landrat erinnerte, dass der Basishaushalt für 2006 in der Sitzung des Kreistages am 20.12.v.J. beschlossen worden sei. Nach der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde am 11.01.d.J. sei die Bekanntmachung am 03.02.d.J. erfolgt.

In der Haushaltssatzung seien die Einnahmen auf 84,2 Mio. € und die Ausgaben auf 109,3 Mio. € festgelegt worden. Das Defizit habe mit 25,1 Mio. € um 9,1 Mio. € über dem des Vorjahres gelegen. Mit der 1. Nachtragshaushaltssatzung würden die Einnahmen im Verwaltungshaushalt um rd. 2,6 Mio. € auf rd. 86,8 Mio. € und die Ausgaben um rd. 885 T€ auf rd. 110,1 Mio. € erhöht. Der Fehlbedarf reduziere sich um rd. 1,7 Mio. € auf nunmehr rd. 23,3 Mio. €. Im Vermögenshaushalt stiegen die Einnahmen und Ausgaben um rd. 470 T€ auf rd. 7,7 Mio. €

Der Kreditbedarf zur Finanzierung von Investitionen könne trotz des größeren Volumens im Vermögenshaushalt um rd. 79 T€ vermindert werden. Damit betrage die geplante Kreditaufnahme für das Jahr 2006 rd. 833 T€ Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen steige mit dem Nachtragshaushalt um rd. 333 T€ auf rd. 5,3 Mio. € Die übrigen Festsetzungen der Haushaltssatzung blieben unverändert.

Der Landrat machte deutlich, dass die Einnahmen stärker stiegen als die Ausgaben, wodurch das Defizit um mehr als 1,7 Mio. € vermindert werden könne. Eine solche Situation sei beim Landkreis Alzey-Worms schon lange nicht mehr zu verzeichnen gewesen. Zudem könne der Kreditbedarf um fast 80 T€ vermindert werden, obwohl die Sanierung des Außensportgeländes bei den Gymnasien mit 746 T€ neu und insbesondere im Straßenbau Mehrausgaben veranschlagt werden mussten. Gleichwohl man damit der Lösung der finanziellen Probleme nicht sehr viel näher gekommen sei, gehe der Schritt in die richtige Richtung.

Sodann ging Landrat Görisch auf den Verwaltungshaushalt ein. Er machte deutlich, dass viele EDV-Komponenten und Einrichtungsgegenstände infolge rückläufiger Preisentwicklung weniger als 410 € kosten würden und damit im Einzelplan (EP) 0 - Allgemeine Verwaltung - zur verrechnen seien. Der dafür vorgesehene Ansatz sei um 40 T€ erhöht worden. Gleichzeitig sei im Vermögenshaushalt eine entsprechende Ansatzkürzung vorgenommen worden. Die Verlegung der Hauptstelle des Gesundheitsamtes nach Alzey habe am hiesigen Standort Mehrkosten für die Anmietung und Bewirtschaftung von Räumlichkeiten verursacht. Andererseits entstünden am früheren Standort Worms Einsparungen durch die Reduzierung des Raumbedarfs.

Meldungen über eine kräftigere Binnennachfrage in den letzten Monaten würden sich auch auf das Gebührenaufkommen der Kfz-Zulassungsstelle auswirken. Aufgrund der bisherigen Einnahmen könne man einen Anstieg um fast 15 % erwarten. Der Haushaltsansatz im EP 1 könne daher um 160 T€ angehoben werden. Die gestiegene Zahl an Geschäftsvorfällen bedinge aber auch einen höheren Bedarf an Prüfplaketen und sonstigem Verbrauchsmaterial.

Die Ende des vergangen bzw. Anfang dieses Jahres nach Deutschland gelangte Vogelgrippe habe eine Reihe von Vorsichtsmaßnahmen gegen das weitere Ausbreiten der Krankheit und das befürchtete Übergreifen auf den Menschen ausgelöst. Die vorbeugenden Maßnahmen seitens des Veterinär- und Gesundheitsamtes sowie des Katastrophenschutzes hätten Kosten in Höhe von 46 T€ verursacht, für die entsprechende Haushaltsansätze im Nachtrag aufgenommen worden seien.

Zum EP 2 wies der Landrat darauf hin, dass der Zuschussbedarf im Schuletat um 84 T€ auf rd. 8,5 Mio. € gestiegen sei. Der größte Teil der Mehrbelastung resultiere mit 37 T€ aus gestiegenen Energiekosten für die Heizung der Schulgebäude. Der Kreis gewähre darüber hinaus den Trägern der Regionalschulen Westhofen, Wöllstein und Eich einen Zuschuss zu den Betriebskosten. Infolge Rückgangs der Klassenzahlen an den Realschulen Wörrstadt und Osthofen erhöhe sich der zum Vergleich herangezogene durchschnittliche Aufwand pro Klasse, was zu einer Erhöhung des Zuschusses in Höhe von 16 T€ führe. Etwa in gleicher Höhe steige der Schulkostenbeitrag für die Sprachförderschule Mainz, die im vergangen Schuljahr eine stärkere Frequentierung aus dem Landkreis erfahren habe. Da die Schule ambulant besucht werde, sei es kaum möglich, den exakten Aufwand im Voraus zu kalkulieren.

Im EP 4 entstehe erfahrungsgemäß sowohl zahlen- als auch betragsmäßig der größte Änderungsbedarf. In diesem Jahr zeige sich insoweit ein eher seltenes Bild, da der Zuschussbedarf eine vergleichsweise niedrige Erhöhung um rd. 157 T€ erfahre. An diesem Ergebnis seien die Bereiche Sozial- und Jugendhilfe jedoch unterschiedlich beteiligt.

Der Sozialhilfereich weise eine Ergebnisverschlechterung in Höhe von 468 T€ aus. Die größten Kostensteigerungen seien bei den Hilfen zur Gesundheit mit einem um 515 T€ erhöhten Zuschussbedarf zu verzeichnen. Dies sei zum einen darauf zurückzuführen, dass Fälle mit Krebserkrankungen aufgetreten seien, die eine sehr langwierige und kostenintensive Versorgung benötigen würden. Zum anderen sei bei einer Reihe von Hilfeempfängern die Zuständigkeit von der Arbeitsgemeinschaft auf den Sozialhilfeträger übergegangen, nachdem Arbeitsfähigkeit nicht mehr im gebotenen Umfang gegeben sei. Bedingt

durch eine neue Haushaltssystematik hätten die Unterabschnitte (UA) für die Hilfe zur Pflege bzw. Eingliederungshilfe aufgelöst und in neue UA überführt werden müssen.

Obwohl die Aufwendungen für die beiden genannten Hilfearten in den vergangenen Jahren regelmäßig erhebliche Steigerungsraten aufgewiesen hätten, ergebe der Vergleich mit dem Basishaushalt 2006 erstmals Einsparungen von 426 T€ Die Ursache liege hauptsächlich darin, dass die vorgenannten UA bisher sowohl die Kosten für die spezifischen Leistungen der Hilfe zur Pflege bzw. Eingliederungshilfen als auch die Kosten der HLU in Einrichtungen umfasst hätten. Aufgrund geänderter Vorschriften seien neuerdings die Aufwendungen für den Lebensunterhalt von den spezifischen Aufwendungen zu trennen und im UA 4100 zu veranschlagen. Die im UA 4100 dafür eingerichtete Haushaltsstelle .7403 weise jetzt einen Bedarf aus, der annähernd den bereits erwähnten Einsparungen bei den Pflege- und den Eingliederungshilfen entspreche, so Landrat Görisch.

Er informierte, dass weitere Etatbelastungen bei den Eingliederungshilfen des örtlichen Trägers, den sonstigen Hilfen in besonderen Lebenslagen des überörtlichen Trägers (ambulante/stationäre Hilfe für Krebskranke und Blindenhilfe) und bei den Hilfen für Personen ohne gewöhnlichen Aufenthalt zu registrieren seien. Ursachen seien hauptsächlich Fallzahlsteigerungen und Abrechnungsergebnisse mit dem Land.

Der Jugendhilfeetat weise gegenüber dem Basishaushalt eine Verbesserung um 310 T€auf. Im Wesentlichen hänge dies mit Mehreinnahmen und Minderausgaben im Bereich Kindertagesstätten zusammen. Auf der Einnahmeseite resultiere die Ergebnisverbesserung mit Mehreinnahmen von 95 T€aus der Abrechnung der Personalkostenzuschüsse mit dem Land für das Jahr 2005.

Auf der Ausgabenseite würden Gruppenreduzierungen, vor allem in Einrichtungen freier Träger, zu Einsparungen bei den Personalkostenzuschüssen führen. Die Gruppenreduzierungen hätten außerdem eine höhere Auslastungsquote der verbliebenen Gruppen zur Folge, wodurch sich das Aufkommen an Elternbeiträgen pro Gruppe spürbar erhöhe. Für die Sprachförderung von Kindern in Kindertagesstätten habe der Landkreis im Rahmen eines Landesprogramms 106 T€erhalten. Diese würden jedoch - für den Kreishaushalt weitgehend ergebnisneutral - zweckgebunden an die Einrichtungsträger ausgezahlt. Per Saldo reduziere sich der Zuschussbedarf bei den Tageseinrichtungen für Kinder um 349 T€

Für die Ausweitung des Betreuungsangebotes für Kinder unter 3 Jahren seien Landesmittel in Höhe von 980 T€bereit gestellt worden, die als durchlaufende Gelder für die Übernahme von Elternbeiträgen aufgewandt würden. Zu Lasten des Kreishaushaltes verblieben 20 T€als Mehraufwand für die Übernahme von Kindergartenbeiträgen, da die soziale Bedürftigkeit von Familien weiter zunehme. Wohl aus dem gleichen Grund stiegen die Aufwendungen für Unterhaltsvorschuss, was auch hier zu einer Mehrbelastung führe. Die Verschlechterungen des Sozialhilfebereiches und die Verbesserungen der Jugendhilfe ergebe sich für den EP 4 ein negatives Saldo von 157 T€

Den wesentlichen Anteil an der Verminderung des Haushaltsdefizits hätten jedoch die Veränderungen im EP 9. Mehreinnahmen von 370 T€und Minderausgaben von 1,5 Mio. €würden den Überschuss um 1,9 Mio. €erhöhen.

Die Mehreinnahmen würden aus dem kommunalen Grunderwerbssteueranteil resultieren, der dem Kreis noch aus dem Vollzug von vor dem Jahr 2002 abgeschlossenen Grundstücksverträgen zustehe. Die in 2006 bisher zugewiesenen Beträge seien mit 167 T€außergewöhnlich hoch.

Des weiteren habe der Kreis eine Nachzahlung von 192 T€erhalten, nachdem die Revision der Einsparungen des Landes aus Veränderungen am Wohngeld ergeben habe, dass der Kommunalanteil in 2005 ursprünglich zu gering festgesetzt worden sei. Von diesem Kommunalanteil gebe der Landkreis 25 % an die Städte und VG weiter, da sich diese ebenfalls mit 25 % an den KdU zu beteiligen hätten. Der abzuführende Betrag sei bisher - wie die Einnahme - im UA 9000 als Ausgabe veranschlagt worden. Mit diesem Nachtrag werde ein Systemwechsel vollzogen, indem eine Verrechnung der Auszahlung mit den



Einnahmen im UA 4820 vorgenommen werde. Im EP 9 entstehe dadurch eine Minderausgabe, während im EP 4 eine Mindereinnahme in gleicher Höhe entstünde.

Schließlich habe auf der Ausgabenseite der Ansatz für die Abdeckung des Altfehlbetrages aus dem Jahre 2004 um 1,58 Mio. € vermindert werden können. In dieser Höhe habe der Kreis eine Bedarfszuweisung für 2004 erhalten, die noch in 2005 überplanmäßig zur Abdeckung des Altfehlbetrages eingesetzt worden sei. Die einzige negative Korrektur betreffe den Ansatz der Zinsen für Kassenkredite im EP 9, denn die immer weiter wachsende Bugwelle aus Altfehlbeträgen müsse durch Kassenkredite finanziert werden.

Bedingt durch den zunehmenden Bedarf an Kassenkrediten und die in mehreren Schritten vollzogene Erhöhung der Basiszinsen durch die Europäische Zentralbank sei eine zusätzliche Mittelbereitstellung von 180 T€ erforderlich. Landrat Görisch merkte an, dass für die vom Finanzausgleich betroffenen Haushaltsstellen und die Kreisumlage noch keine Nachkalkulation vorgenommen werden konnte, da noch keine neuen Berechnungsgrundlagen seitens des Landes vorlägen. Es sei jedoch nicht auszuschließen, dass sich auch hier noch Veränderungen ergeben könnten.

Er erinnerte, dass er zu Beginn seiner Ausführungen deutlich gemacht habe, dass der Haushaltsfehlbedarf um mehr als 1,7 Mio. € vermindert werden konnte. Diese Verbesserung sei aber nicht durch strukturelle Verbesserungen der Einnahmen und erst recht nicht durch Einsparungen von Ausgaben zustande gekommen. Ursache seien ausnahmslos Einnahmen mit Ausnahmecharakter, nämlich das Aufkommen an Grunderwerbssteuer, die Beteiligung an Einsparungen beim Wohngeld und nicht zuletzt die Bedarfszuweisung, die nach heutigem Kenntnisstand in Zukunft ohnehin abgeschafft werde. Daher hoffe man auf eine entsprechende Anhebung der Schlüsselzuweisung B 2. Von einer Entspannung könne keine Rede sein, auch in den nächsten Jahren müsse von hohen Defiziten ausgegangen werden.

Wenn eine Konsolidierung des Haushaltes erreicht werden solle, werde man sich bei den Haushaltsberatungen für das Jahr 2007 mit der Verbesserung der Einnahmesituation auseinandersetzen müssen. Er machte deutlich, dass es im Kreisetat keine Einsparpotentiale gebe, wenn man die Aufgaben ordnungsgemäß erfüllen wolle.

Sodann ging der Landrat auf den Vermögenshaushalt ein, der hauptsächlich im Schulbereich und beim Straßenbau Anpassungen erfahre. Die größte Einzelposition betreffe im UA 2803 die Sanierung des Außensportgeländes bei den Alzeier Gymnasien, die voraussichtlich noch in diesem Jahr abgeschlossen werden könne. Die Fördermittel des Landes seien bereits bewilligt und stünden ab 2007 zur Verfügung.

Da nur ein Haushaltsansatz aus 2005 für die Planungskosten bestanden habe und die Mittel ohne zusätzliche Kreditaufnahme finanziert werden konnten, sei die überplanmäßige Bereitstellung im Wege eines Deckungsbeschlusses erfolgt. Im Nachtragshaushalt seien nun sowohl die bisher nicht veranschlagten Einnahmen als auch die nicht veranschlagten Ausgaben in Höhe von 746 T€ für die Sanierung eingestellt. Einschließlich der bereits im vergangenen Jahr veranschlagten Planungskosten ergebe sich eine Investitionssumme von rd. 816 T€

Im Gegensatz dazu gestalte sich die Sanierung der K 30, Teilstrecke zwischen Framersheim und Dittelsheim-Heßloch, nach dem Ausschreibungsergebnis teurer als ursprünglich vom LSV ermittelt. Gründe dafür seien höhere Aufwendungen für die Entsorgung von teerhaltigem Material, Untergrundverbesserungen an verschiedenen, bisher nicht erkannten Stellen und die Verbreiterung von engen und fast im Winkel von 90° verlaufenden Kurven. Im Nachtragshaushalt hätten daher 210 T€ zusätzlich bereit gestellt werden müssen. Zudem hätten insgesamt 72 T€ für die Mehrkosten beim Ausbau der Ortsdurchfahrt Freimersheim und vorsorglich für einen anhängenden Rechtsstreit im Zusammenhang mit dem Ausbau der Ortsdurchfahrt Kettenheim nachfinanziert werden müssen.

Den Mehrausgaben stünde eine Ausgabenreduzierung beim 2. Bauabschnitt am Gustav-Heinemann-Schulzentrum entgegen. Aufgrund des verzögerten Baufortschrittes würden in diesem Jahr nur etwa 500 T€ kassenwirksam. Der ursprüngliche Ansatz werde daher um 376 T€ reduziert. Der Betrag werde jedoch im Haushaltsplan für 2007 neu zu veranschlagen sein. Die Verpflichtungsermächtigung für 2007 sei entsprechend erhöht worden.

Auf der Einnahmeseite seien die im Laufe des Jahres noch bewilligten und bisher nicht veranschlagten Zuweisungen eingestellt worden. Dabei handele es sich im Wesentlichen um die restlichen Zuweisungen für den 1. Bauabschnitt an der Realschule Gau-Odernheim, eine erste Rate für den 2. Bauabschnitt sowie um den Investitionskostenanteil der Stadt Alzey für die Maßnahmen am Gustav-Heinemann-Schulzentrum. Insgesamt würden die Mehreinnahmen des Vermögenshaushaltes rd. 550 T€ betragen. Da die Mehreinnahmen höher seien als die Mehrausgaben, sei eine Kürzung des in diesem Jahr ohnehin sehr niedrigen Kreditrahmens möglich geworden.

Sodann ging Landrat Görisch auf die Verschuldung des Kreises ein. Nach dem Jahresabschluss für 2005 habe der Schuldenstand einschließlich der noch vorhandenen Kreditermächtigungen 72,3 Mio. € betragen. Nach Tilgungsleistungen und Inanspruchnahme der Kreditermächtigung aus 2006 ergebe sich ein Schuldenabbau zum Ende des laufenden Jahres um rd. 1 Mio. €. Die Verschuldung reduziere sich damit bis zum Ende des laufenden Jahres auf 71,3 Mio. €.

Trotz Fortführung der Investitionen in den Bereichen Schule, Straßenbau und Brandschutz hätte die Verschuldung innerhalb von nur 3 Jahren um rd. 4 Mio. € vermindert werden können. In der nicht unerheblichen Reduzierung der Verschuldung sehe er eine nachhaltige Entlastung des Verwaltungshaushaltes, da die Rückzahlung der langfristigen Schulden drei bis vier Jahrzehnte dauere und so lange Zinsen und Tilgung im Verwaltungshaushalt erwirtschaftet werden müssten.

Sodann informierte er, dass die Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 2007 ff. auf 5,3 Mio. € angehoben werden mussten. Die Verpflichtungsermächtigungen seien mit 4,5 Mio. € den 2. Bauabschnitt des Gustav-Heinemann-Schulzentrums und den Neubau für die Schule im Rotental gedacht. Der Rest entfalle auf Zuweisungen an andere Schulträger sowie Maßnahmen im Brandschutz und Straßenbau.

Landrat Görisch resümierte, dass das Defizit im Verwaltungshaushalt nicht unerheblich vermindert worden sei. Wenngleich die Ursachen für diese Verbesserung nicht von dauerhafter Natur seien, bleibe im Ergebnis doch eine geringere auf die Zukunft wirkende Belastung. Positiv bleibe ebenfalls festzustellen, dass die Verschuldung niedriger gehalten werden konnte als noch vor wenigen Jahren befürchtet worden sei.

Danach erläuterte der Landrat die wesentlichen Änderungen im Nachtragswirtschaftsplan.

Dort würden sich gegenüber dem Wirtschaftsplan die Einnahmen um 13.500 € erhöhen und die Aufwendungen um 1.307.800 € sinken. Dies bedeute eine Erhöhung des Jahresüberschusses um 1.321.300 € auf nunmehr 1.324.400 €.

Im Vermögensplan würden die Einnahmen und Ausgaben um 828 T€ ansteigen. Kredite würden weiterhin nicht benötigt.

Der deutliche Rückgang der Aufwendungen beruhe im wesentlichen auf dem geringeren Materialaufwand von 570 T€ und der Stornierung des Ansatzes über 735 T€ für Rückstellungen, nachdem im vergangenen Jahr die Gesamtsumme der Rückstellungen gebildet worden sei.

Der geringere Materialaufwand habe eine Reihe von Ursachen, so Landrat Görisch. Sie würden die Beförderungs- und Behandlungskosten der GML in Höhe von 489 T€ die Beförderungskosten des Gewerbemülls, Abfuhr- und Entsorgungskosten des Sperrmülls, die Energiekosten sowie die Aufwendungen für den Transport und die Zerkleinerung von Grünabfall betreffen. Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen schlage vor allem die Umlage der GML mit 82 T€ niedriger zu Buche als ursprünglich geplant.

Der Jahresüberschuss in Höhe von 1,3 Mio. € diene zur Verminderung des negativen Eigenkapitals. Mit dem Überschuss des Jahres 2006 und den Überschüssen der künftigen Jahre werde das Eigenkapital schrittweise wieder auf das Niveau per 01.01.2005 gebracht. Landrat Görisch betonte, dass diese Politik den bisherigen Beschlüssen des Werksausschusses und Kreistages entspreche.

Im Hinblick auf den Vermögensplan wies der Landrat darauf hin, dass sich die Ausgaben um 792 T€ infolge des Verzichts auf den Bau einer Kombinationsanlage mit Betriebsausstattung, Verzicht auf den Presswasser-Puffertank sowie den Umbau des Kompostlagers verringern würden.

Mehraufwendungen entstünden für den Bau einer Grünschnittlagerfläche und den Ankauf von Müllgefäßen. Auch werde der Überschuss zur Abwicklung des Ergebnisses 2005 buchungstechnisch verausgabt. Die Einnahmenseite verbessere sich durch die Erhöhung der kurzfristigen Mittel und der Weiterleitung des Jahresüberschusses.

Abschließend bat Landrat Görisch um Zustimmung des Kreistages zum Nachtragshaushalt und Nachtragswirtschaftsplan und stellte beide zur Aussprache.

**Fraktionsvorsitzender Kiefer (SPD)** führte aus, dass das Institut der Deutschen Wirtschaft mit einem Wirtschaftswachstum von über 2% rechne. Es würden gute Chancen gesehen, noch in diesem Jahr die 4-Millionengrenze bei den Arbeitslosenzahlen zu unterschreiten. Somit spreche alles in allem für einen Aufwärtstrend.

Ähnlich Positives zeige sich auch bei Betrachtung der Eckdaten des Nachtragshaushaltes, so dass man geneigt sei, einen Aufwärtstrend bei der Einnahmeentwicklung zu vermuten. Die Finanzierungslücke reduziere sich von rd. 25 Mio. € um 1,7 Mio. € auf nunmehr 23,3 Mio. €. Auch der Kreditbedarf ginge um 80 T€ zurück.

Im Hinblick auf die eingangs erwähnte Wirtschaftsprognose würden sich jedoch auch Stimmen mehren, wonach es mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer Anfang nächsten Jahres tiefe Einschnitte in die Konjunktur geben werde. Man rechne mit einem gewaltigen Einbruch bei den Aufträgen im Handwerk, Mittelstand und für die Dienstleistungen.

Bei näherer Betrachtung des Nachtrags werde aber deutlich, dass es sich bei den Mehreinnahmen nicht um eine strukturelle Einnahmeverbesserung handele. Vielmehr sei die Haushaltsverbesserungen vor allem auf die Gewährung einer Bedarfszuweisung des Landes in Höhe von 1,58 Mio. € zurückzuführen, also eine Einnahme mit Einmalcharakter. Ein Aufwärtstrend sei daher leider nicht zu erkennen.

Die Differenz zwischen den laufenden Einnahmen und Ausgaben des Haushaltsjahres 2006 (ohne Berücksichtigung der Altfehlbeträge) betrage immerhin noch 11,25 Mio. € und sei lediglich um 160 T€ gesunken. Da die Ausgaben fast ausnahmslos auf gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtung beruhen würden, sehe auch die SPD-Fraktion lediglich die Möglichkeit, über Einnahmeverbesserungen die Defizite sukzessiv abzubauen. Dennoch wolle man den positiven Status quo nicht zerreden, sondern mit der Verwaltung froh darüber sein, dass sich zumindest für das laufende Jahr eine Haushaltsverbesserung - wenn auch kleineren Umfangs - abzeichne.

Sodann ging er auf 2 Faktoren ein, die aus Sicht seiner Fraktion ein positives Signal für die Zukunft setzen würden. Zum einen sei es erfreulich, dass das Land bei den vom ihm aufgelegten und sehr wichtigen Programmen, wie z.B. der Sprachförderung von Kindern in den Kindertagesstätten und der Ausweitung des Betreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren, zu seiner Verpflichtung stünde, die für die Entwicklung der Kinder so wichtigen Programme zu finanzieren, ohne den Kreishaushalt damit zu belasten.

Zum anderen seien die Schulden des Kreises in den letzten Jahren hauptsächlich auf das Engagement zur Verbesserung der schulischen Infrastruktur zurückzuführen. Hier habe der Kreis vorbildliches geleistet, was im Lande Rheinland-Pfalz seinesgleichen suche. Insoweit würden nicht nur die Schulden weit in die Zukunft reichen, sondern man habe mit diesem Schritt auch weit in die Zukunft der Kinder investiert.

Im Hinblick auf den Nachtragswirtschaftsplan 2006 führte Kiefer aus, dass Mehreinnahmen bei den Erlösen und geringer Aufwand als ursprünglich geplant sowie eine von Kreditmarktmitteln freie Finanzierung der Investitionen im Vermögensplan letztlich zu einem Überschuss von rd. 1,3 Mio. € geführt hätten. Dieser werde zur Verminderung der Fehlbeträge aus den Vorjahren verwendet. Alles in allem gebe der Nachtragswirtschaftsplan darüber Aufschluss, dass der Betrieb ordentlich wirtschaftete.

Sicher dürfte auch sein, dass unter den bestehenden Bedingungen und Fakten eine weitere Gebührenerhebung im kommenden Jahr nicht vonnöten sein werde.

Abschließend wies Kiefer darauf hin, dass die Abfuhrverträge der verschiedensten Abfallarten im Jahr 2008 auslaufen würden. Die Verwaltung sollte daher rechtzeitig Überlegungen anstellen, ob die Gebührenmaßstäbe, die Gefäßzuteilungen, der Gefäßänderungsdienst und andere mit der Abfuhr verbundenen Leistungen in der bestehenden Form beibehalten oder andere Wege beschritten werden sollten.

Fraktionsvorsitzender Kiefer signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion zum Nachtragsetat und Nachtragswirtschaftsplan 2006. Er dankte der gesamten Verwaltung, vor allem Herrn Morch und den Verantwortlichen des Eigenbetriebs, für die Erstellung der Nachträge.

**Fraktionsvorsitzender Schnabel (CDU)** machte eingangs deutlich, dass die Zahlen im Nachtragshaushalt natur- und erfahrungsgemäß aktualisiert und die Ansätze in den Einzelpositionen fortgeschrieben würden. Daher habe man sicherlich nichts spektakuläres zu erwarten.

Im Vorbericht werde ausgeführt, dass die negative Defizitentwicklung gestoppt werden konnte. Aus Sicht seiner Fraktion sei dies jedoch nur auf den ersten Blick richtig, da dieses Ergebnis nur durch die Bewilligung einer Bedarfszuweisung von 1,58 Mio. € erzielt worden sei. Bei den tatsächlichen Verwaltungs- und Betriebsausgaben habe man eine Erhöhung um rund 4% zu verzeichnen, davon entfielen rd. 3% auf Umschichtungen vom Vermögens- in den Verwaltungshaushalt sowie gestiegene Energiekosten.

Kritisch sehe er nach wie vor die Mieten für die Räume zur Unterbringung des Gesundheitsamtes. Wie bereits im Basishaushalt ausgeführt, sei dies ein Beispiel dafür, dass bei Verwaltungsreformen nicht bis zum Schluss gerechnet werde und bei der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht allen Komponenten berücksichtigt würden. Ansonsten hätte man nicht zusätzliche Räume anmieten und zahlen müssen.

Der EP 4 sei nach wie vor das „Sorgenkind“ des Landkreises. Die Ausgaben stiegen auch im Nachtrag wieder stärker als die Einnahmen. Schnabel führte aus, dass die Reduzierung der Personalkostenzuschüsse für freie Träger von Kindergärten zunächst positiv zu sehen sei. Wirklich freuen könne er sich darüber jedoch nicht. Für die demographische Entwicklung und insbesondere die allgemeine Entwicklung in der Republik wäre es nur von Vorteil, wenn mehr Kinder die Kindergärten besuchen würden. Höhere Ansätze würde er in diesem Zusammenhang gerne akzeptieren.

Die anteilige Weiterleitung der Landesmittel für die Entlastung beim Wohngeld an die Städte und VG werde von seiner Fraktion nachdrücklich begrüßt. Es sei lobenswert, dass der Landkreis Alzey-Worms einer der wenigen sei, der so verfare.

Schnabel bedauerte, dass der Grunderwerbssteueranteil in Höhe von 167 T€im EP 9 nur noch daran erinnere, dass den Landkreisen in früheren Jahren diese Steuer voll zur Verfügung gestanden habe. Dies sei abermals ein Beispiel, wie beim kommunalen Finanzausgleich zwischen Land und Kommunen „scheibchenweise“ Veränderungen zum Nachteil der Gemeinden, Städte und Landkreise vorgenommen würden.

Beim Nachtrag zum Vermögenshaushalt falle auf, dass die Zuschüsse für Schulbauten auch in diesem Jahr nicht zeitnah erfolgen würden und daher neben dem Landkreis auch einige Städte und VG in die Vorfinanzierung treten müsse. Dies bedeute eine zusätzliche Belastung für die Kommunen.

Besorgniserregend sei nach wie vor der Schuldenstand in Höhe von mehr als 71 Mio. € Zähle man die Unterdeckung im Verwaltungshaushalt von 23 Mio. €hinzu, so entwickle sich das Defizit in Richtung 100 Mio. € Er bezweifle, dass sich der Abbau des Defizits einfach gestalten werde. Das leichte Anziehen der Kontokorrentzinsen um 180 T€zeige, dass der Weg eine andere Entwicklung gehe.

Trotz kritischer Anmerkungen sehe seine Fraktion derzeit keine Möglichkeiten zur Veränderung der Haushaltsansätze bzw. Verbesserung einzelner Positionen. Nur eine Gemeindefinanz- bzw. Unternehmenssteuerreform auf Bundesebene und eine Verbesserung des kommunalen Finanzausgleichs auf Landesebene dürfe Gemeinden, Städte und Landkreise wieder in ruhigeres Fahrwasser bringen, so Schnabel. Er hoffe, dass sich die Konjunktur weiterhin so gut entwickle. Dazu gehöre aber auch zweifelsohne, dass die Entwicklung in Deutschland wieder etwas positiver beurteilt werde.

Schnabel dankte im Namen seiner Fraktion Landrat Görisch und Herrn Morch für die Aufbereitung der Unterlagen und signalisierte Zustimmung seiner Fraktion zum Nachtragshaushalt 2006.

Sodann ging er auf den Nachtragswirtschaftsplan ein. Hier würden sich die Veränderungen im wesentlichen aus dem Wegfall der Zuführung zur Deponierückstellung und der Reduzierung der Kosten für die Restmüllbehandlung aufgrund geringerer Mengen in Höhe von insgesamt 1,3 Mio. €ergeben.

Ungeklärt sei nach Auffassung seiner Fraktion nach wie vor die Kalkulation der Nachsorgekosten für die Deponie sowie deren künftige Gestaltung. Hier stelle sich die Frage, ob die seitens des Kreises angezeigte totale Stilllegung tatsächlich wirtschaftlich sei. Auch ansatzweise seien keine konkreten Zahlen festzustellen. Aus seiner Sicht bestünden immer noch die drei Alternativen: Totale Stilllegung, Teilstilllegung oder Weiterbetrieb, wobei ein Weiterbetrieb natürlich wirtschaftlich und ökologisch vertretbar sein müsse. Es müssten weitere Untersuchungen angestellt werden, da es um das Geld der Bürger gehe.

Dies gelte auch für die dringend erforderliche Umladestation, die kurzerhand aus dem Wirtschaftsplan herausgenommen worden sei. Immerhin seien Planungskosten in Höhe von rd. 70 T€entstanden, die nach Auffassung seiner Fraktion „in den Sand gesetzt“ worden seien.

Der Termin des Inkrafttretens der geänderten TA-Siedlung zum 01.06.2005 sei lange genug bekannt gewesen, weshalb auch die Frage des Zufahrtsrechts nicht neu sei. Planungen und Ausschreibungsvorbereitungen seien ohne Klärung dieses Sachverhaltes einfach durchgeführt worden. Schnabel fragte nach, wer dies in der Verwaltung zu vertreten habe.

Er erinnerte, dass seine Fraktion dem Basis-Wirtschaftsplan nicht zugestimmt habe. Seine Fraktion werde auch dem Nachtragswirtschaftsplan nicht zustimmen, dies aufgrund der zahlreichen ungeklärten Fragen und des vorgetragenen Sachverhaltes.

**Fraktionsvorsitzender Busch (FWG)** führte aus, dass mit dem Nachtragshaushalt Anpassungen an die Veränderungen, die sich im Laufe des Jahres ergeben hätten, vorgenommen würden. Insofern handele es sich im Wesentlichen um eine Korrektur der ursprünglichen Zahlen. Erfreulich bezeichnete er die höheren Einnahmen, die allerdings nur auf „Sondereffekte“ zurückzuführen und somit nicht nachhaltig für spätere Jahre seien. Wenn sich Konjunktur und Einnahmen im Zuge von Schlüsselzuweisungen, Finanzausgleich oder Steuereinnahmen nicht bessern würden, könne künftig nicht mehr mit steigenden Einnahmen gerechnet werden.

Erfreulich sei ebenfalls, dass sich der Fehlbedarf um rd. 1,74 Mio. € verringere und eine Bedarfszuweisung in Höhe von 1,58 Mio. € für den Haushalt 2004 gezahlt worden sei, um den Altfehlbetrag zu verringern. Der Sozialhilfereich - insbesondere EP 4 - sei mit einem höheren Defizit von fast 470 T€ nach wie vor das Sorgenkind des Landkreises. Ganz besonders auffällig sei hier die Steigerung der Hilfe zur Gesundheit. Diese Kosten entstünden durch Verlagerung der Zuständigkeit der ARGE auf den Landkreis für arbeitsunfähige Personen. Positiv zu werten sei die Verbesserung beim Jugendhilfeetat, die einiges kompensiere.

Positiv sei auch, dass der Kreditbetrag und die Verschuldung geringfügig verringert werden konnten. Negativ falle jedoch die Erhöhung der Zinsausgaben zu Buche. Problematisch seien hier die hohe Verschuldung und die Kassenkredite, durch die schon eine geringe Erhöhung der Zinsen Auswirkungen zeige. Man könne nur hoffen, dass sich die Situation künftig nicht weiter zu Lasten des Kreises verschlechtere. Wie von seinen Vorrednern bereits ausgeführt, bliebe daher nichts anderes übrig, als die Einnahmen zu erhöhen. Dabei könne es sich nach seiner Auffassung jedoch nur um die Erhöhung der Kreisumlage handeln. Er machte deutlich, dass seine Fraktion einer solchen Erhöhung kritisch gegenüber stünde, da diese letztendlich die Kommunen treffe und das Problem damit nach unten verlagert werde.

Er appellierte daher an den Kreistag und die Verwaltung, die Ausgaben weiterhin kritisch zu prüfen und nicht allein auf die Erhöhung der Einnahmen zu spekulieren. Den Nachtragshaushalt bezeichnete er als insgesamt positiv und dankte der Verwaltung, insbesondere Landrat Görisch und Herrn Morch für die Erstellung des Nachtrags.

Sodann ging er auf den Nachtragswirtschaftsplan ein. Erfreulich sei der zu verzeichnende Überschuss in Höhe von 1,3 Mio. € Bei den geringeren Rückstellungen handele es sich nach seiner Auffassung um einen Einmaleffekt. Auch hier sei darauf zu achten, dass die Ausgaben nicht ins Unermessliche wachsen würden. Nach seiner Auffassung sei man auf guten Wege, dass die Gebühren für die Bürger im nächsten Jahr nicht steigen würden.

**Busch** signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion zum Nachtragshaushalt und -wirtschaftsplan.

**Fraktionsvorsitzender Becker (Bündnis 90/Die Grünen)** zeigte sich erfreut über die Verbesserungen von insgesamt 1,74 Mio. € gegenüber dem Basishaushalt. Was auf den ersten Blick Hoffnung auf eine nahende Konsolidierung der Kreisfinanzen wecken könnte, werde aber schnell getrübt durch das immer noch verbleibende Haushaltsdefizit von 23,3 Mio. € im laufenden Jahr, die hohe Verschuldung, verschiedene bedenkliche Entwicklungen im EP 4, auf dem Kapitalmarkt sowie bei der Finanzpolitik von Bund und Land. Bei näherer Betrachtung des Nachtragshaushaltes werde deutlich, dass eine Tilgung der Altfehlbeträge und ein ausgeglichener Haushalt in weite Ferne gerückt seien. Die entscheidende Verbesserung sei nur auf eine Bedarfszuweisung durch das Land für 2004 zurückzuführen. Auch andere Veränderungen seien nicht Folge eigenen Handelns, sondern vielmehr Ausdruck gesetzlicher Maßnahmen und diverser gesellschaftlicher und tariflicher Entwicklungen.

Gerade am EP 4 werde deutlich, dass sich die gesellschaftliche Entwicklung der immer mehr zwischen arm und reich auseinander klaffenden Schere in Form von Mehrausgaben nach dem SGB XII in kommunalen Haushalten niederschläge. Auch die demographischen Entwicklungen würden sich u.a. bei den Hilfen zur Gesundheit, den Hilfen in besonderen Lebenslagen, den Leistungen für Menschen ohne gewöhnlichen Aufenthalt, in der Pflege- und Eingliederungshilfe und bei der Übernahme von Kindergartenbeiträgen bei bedürftigen Familien auswirken. Diese Entwicklung verheiße nichts Gutes, so Becker. Auch seine Fraktion könne keinen Aufwärtstrend erkennen. Daher sollte man beginnen, sozialplanerische Schritte dahingehend zu unternehmen, diesen gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen mit kommunalen Mitteln zumindest entgegenzuwirken. Z.B. müssten die schon vorhandenen Instrumente der Pflegehilfebedarfsplanung zu einer Seniorenplanung ausgeweitet werden, die auch präventive Maßnahmen einschließe.

Der für Eltern kostenfreie Besuch des letzten Kindergartenjahres bringe kaum Entlastung für die Kommunen, da die bisherigen Aufwendungen des Landkreises in Abzug gebracht würden. Der Kreis finanziere also mit, was als soziale Wohltat des Landes verkauft werde.

Zwei weitere Entwicklungen, die sich zunächst positiv im Nachtragshaushalt niederschlagen würden, würden zu denken geben. Die Minderausgaben beim SGB II seien im Wesentlichen auf restriktive Maßnahmen gegenüber Erwerbslosen und ihrer Familien zurückzuführen, was das Auseinanderdriften gesellschaftlicher Gruppen verdeutliche und das soziale Gefälle verstärke. Der Grundsatz des „Förderns und Forderns“ gerate immer mehr in eine Schiefelage, das Fördern rücke fast völlig aus dem Blickfeld. Nicht umsonst seien gewaltige Überschüsse bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) zu verzeichnen. Ob das jedoch zu mehr beruflicher und gesellschaftlicher Integration führe, dürfe zu Recht in Frage gestellt werden. Die dadurch begünstigten individuellen und familiären Entwicklungen würden durch Ausgabenmehrungen etwa beim SGB XII und der Jugendhilfe ihren Niederschlag finden. Auf diese Weise würden Entlastungen der BA und des Bundes wieder zu Belastungen auf der kommunalen Seite führen.

Die Minderausgaben von 270 T€ bei den Kinderbetreuungseinrichtungen in freier Trägerschaft gäben ebenfalls zu denken. Hier fänden neben der Reduzierung von Gruppen auch deutliche tarifliche Verschlechterungen für die Beschäftigten ihren Ausdruck. Dies reduziere nicht nur deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, mit der Folge z.B. zunehmender Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch Teilzeiterkräfte, sondern stehe zugleich im Widerspruch zu der erwünschten Aufwertung des Erzieherberufs im Hinblick auf professionelle Grundleistungen zur Verbesserung des Schulerfolgs und der sozialen Kompetenz der Kinder.

Der Anstieg der Verpflichtungsermächtigungen auf 5,3 Mio. € trage dazu bei, den Optimismus weiterhin zu zügeln. Mit Einführung der kommunalen Doppik würden in den kommenden 3 Jahren nicht nur Mehrarbeit, sondern auch erhebliche Mehrkosten auf den Kreis zukommen. Die Zinsrisiken und -belastungen würden angesichts weiterer absehbarer Leitzinsenerhöhungen und der hohen Verschuldung des Landkreises deutlich ansteigen. Die Beteiligung des Bundes an den KdU im Rahmen der SGB II-Leistungen werde alljährlich wieder in Frage gestellt und mit hoher Wahrscheinlichkeit in absehbarer Zeit auslaufen. Becker räumte ein, dass es schwierig sei, den von ihm geschilderten Entwicklungen mit den beschränkten Mitteln des Landkreises entgegenzuwirken. Dennoch müsse man hierfür das Möglichste tun. Dabei denke er weniger an Einsparungsmöglichkeiten, die aber weiterhin geprüft werden müssten, sondern vielmehr an veränderte sozialplanerische Konzepte, die gesellschaftliche Entwicklungen aufgreifen und kommunale Gegenstrategien definieren würden. Nur so könne es gelingen, trotz der erdrückenden Finanzlage Handlungsspielräume zu erhalten und neue zu erschließen.

Darüber hinaus stelle sich erneut die Frage, ob die Ortsgemeinden wirklich an einem handlungsunfähigen und völlig überschuldeten Landkreis interessiert seien. Schließlich stünden auch sie in der Verantwortung, dem Landkreis Spielräume zu eröffnen. Seine Fraktion sei daher der Auffassung, dass es sich der



Landkreis Alzey-Worms mit der landesweit höchsten Pro-Kopf-Verschuldung nicht erlauben könne, eine Kreisumlage beizubehalten, die unter dem Landesdurchschnitt liege.

Becker signalisierte Zustimmung seiner Fraktion zum Nachtragshaushalt, da es sich in erster Linie um eine Fortschreibung und Aktualisierung handle. Gleiches gelte für den Nachtragswirtschaftsplan. Es sei bekannt, dass seine Fraktion sehr grundsätzliche Kritik an der Abfallpolitik des Landkreises habe. Diese sei inhaltlich begründet und fände nur ansatzweise ihren Niederschlag im Nachtragswirtschaftsplan.

**Fraktionsvorsitzender Lind (FDP)** führte aus, dass die wesentlichen Zahlen und Argumente bereits von seinen Vorrednern vorgetragen worden seien. Auch seine Fraktion freue sich über die leicht positive Entwicklung im Nachtragshaushalt, gleichwohl müsse die Verbesserung vorsichtig betrachtet werden.

Bei der Situation des Landkreises sei es schon positiv zu werten, wenn sich die Haushaltslage nicht verschlechtert habe. Eine Möglichkeit zur Verbesserung der Haushaltslage sehe er in einer Gemeindefinanz- bzw. Steuerreform. Die Belastung der Bürger sollte in jedem Stadium von Verwaltungshandeln überprüft werden. Im Hinblick auf die von Herrn Fraktionsvorsitzendem Becker vorgeschlagene Anhebung der Kreisumlage zur Verbesserung der Einnahmeseite empfahl Lind mit Rücksicht auf die nachgeordneten Kommunen eine vorsichtige Vorgehensweise.

Lind unterstrich, dass das Ausgabenverhalten weiterhin kritisch zu überprüfen sei. Diese Forderung beziehe sich jedoch weniger auf den Nachtragshaushalt, als vielmehr auf die künftigen Basishaushalte.

Er vertrat die Auffassung, dass die Verwaltung bislang das in ihrem Rahmen Mögliche getan habe. Die Verminderung der Schulden in den letzten Jahren um immerhin 4 Mio. € sei durchaus als positiver Ansatz zu werten, der auch für künftige Gestaltungen Hoffnung geben könnte.

**Lind** signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion zum Nachtragshaushaltsplan und Nachtragswirtschaftsplan. Er dankte allen Mitarbeitern, die für die Erstellung der Pläne verantwortlich seien.

In seiner Erwiderung zu den Etatreden stellte **Landrat Görisch** fest, dass die Verwaltung ihren Beitrag zu Konsolidierung des Kreishaushaltes leiste und versicherte, dass sich die Ausgabenpositionen seit Jahren auf dem Prüfstand befänden. Daraus begründe sich seine Aussage, dass es keine weiteren Einsparpotentiale gebe. Er erinnerte, dass die Leistungen, die seitens des Landkreises erbracht würden, in der Regel gesetzlich vorgeschrieben seien. Freiwillige Leistungen lägen unter 0,5 % des Haushaltsvolumens. Er machte deutlich, dass der Landkreis außer den Landeszuweisungen und den Gebühren für Dienstleistungen keine Einnahmen hat und deshalb auf das Aufkommen aus der Kreisumlage angewiesen sei.

Wegen der unterschiedlichen Interessenlagen müsse mit der Problematik und der Konsolidierung des Kreishaushaltes jedoch sachgerecht umgegangen werden. Im Rahmen der Etatberatungen 2007 werde man ausreichend Gelegenheit haben, sich mit diesen Fragen zu befassen. Er gehe davon aus, dass der Kreis innerhalb der nächsten 14 Tage die notwendigen Daten der Städte und VG erhalte, um die Umlagegrundlagen für das kommende Jahr zu ermitteln.

Im Hinblick auf die Deponie Framersheim machte Landrat Görisch deutlich, dass mit der Stilllegung zum 01.06.2005 entsprechend den gesetzlichen Vorgaben die richtige Entscheidung getroffen worden sei. Eine Entlastung des Gebührenzahlers könne jedoch nur erreicht werden, wenn mehr Erlöse erzielt würden als Aufwendungen entstünden. Er erinnerte an die Kreistagssitzung am 25.04. d.J., in der deutlich geworden sei, dass derzeit für mineralische Abfälle nicht die Erlöse erzielt werden könnten, die zur Finanzierung des Aufwandes, der beim Weiterbetrieb der Deponie entstünde, notwendig seien. Daher sehe er derzeit für einen Weiterbetrieb der Deponie keine Chance. Zudem bestünde dafür auch keine gesetzliche Verpflichtung. Es mache keinen Sinn, einen defizitären Betrieb zu führen, der die Bürger nur Geld koste.

Sodann ging der Landrat auf die Umladestation ein und machte deutlich, dass diese ursprünglich errichtet werden sollte, um Abfälle auf größere Fahrzeuge zu verladen und dann zur GML zu verbringen. Zudem habe die GML Interesse gezeigt, ein Zwischenlager auf der Deponie zu schaffen, in dem Abfälle balliert und verpackt würden, um diese, je nach Bedarf, zur GML zwecks Betriebsoptimierung zu bringen. Ursprünglich sei man davon ausgegangen, dass der Eigentümer der Deponie die dafür erforderliche Überfahrt der Deponie akzeptiere. Da diese Zustimmung jedoch nicht erteilt worden sei, habe man die Planungen für die Umladestation einstellen müssen. Da eine Umladestation auf dem Gelände der Deponie derzeit rechtlich nicht zu verantworten sei, habe man diese aus dem Etat 2007 herausgenommen. Für die Planung seien dem Landkreis rd. 60 T€entstanden, die zusätzlichen Kosten, z.B. für Umplanungen, seien von der GML getragen worden.

**Fraktionsvorsitzender Schnabel (CDU)** führte aus, dass der Kreis Planungen erstellt habe, obwohl das Zufahrtsrecht im Vorfeld nicht abgeklärt gewesen sei. Daher seien Probleme vorprogrammiert gewesen.

In der Anhörung sei deutlich geworden, dass der Kreis die Deponie zumindest aufrecht erhalten müsse. Über die Betreibung sei dabei nicht gesprochen worden. Er bat um Auskunft, ob durch die zur Zeit noch offenen drei Alternativen totale Stilllegung, Teilstilllegung oder Weiterbetrieb letztendlich Kosten für die Bürger gespart bzw. ein Gewinn erwirtschaftet werden könnte. Er forderte sich mit diesen Fragen noch auseinander zu setzen; seine Fraktion werde dies ggf. schriftlich beantragen.

**Landrat Görisch** machte deutlich, dass die Kalkulation des Landkreises bis zum 31.12.2005 davon ausgegangen sei, dass das Deponieren einer Tonne Müll rd. 100 €kosten würde, was auf dem freien Markt nicht zu erzielen sei. Die entscheidende Frage sei, unter welchen wirtschaftlichen Bedingungen die Deponie betrieben werden könne.

**Kreistagsmitglied Rohschürmann** führte aus, dass seines Wissens kein Angebot über die Bewirtschaftung der noch offenen Flächen mit inerten Stoffen bzw. mit Bauschutt vorliege. Das Angebot, das seitens MDF vorliege, beinhalte eine Bewirtschaftung mit Resten und sei somit anders zu kalkulieren als eine reine Bewirtschaftung mit inerten Stoffen.

<b>Tagesordnungspunkt: 1</b>	<b>Drucksachenummer: 120/2006/1</b>
------------------------------	-------------------------------------

1. Nachtragshaushaltssatzung/Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006  
- Beschlussfassung

**Vorlagetext:**

Entwurf des Nachtrags 2006

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzung und den 1. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006 nach dem heute beratenen Entwurf gemäß §§ 25 und 57 Landkreisordnung (LKO), i.V. mit § 98 Gemeindeordnung (GemO), letzterer gemäß Art. 8, § 18 des Landesgesetzes zur Einführung der kommunalen Doppik vom 02.03.2006 in der bis zu diesem Tage geltenden Fassung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Form der Abstimmung:**

Offen

**Tagesordnungspunkt: 2**

**Drucksachennummer: 129/2006/1**

1. Nachtragswirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes für das Wirtschaftsjahr 2006  
- Beschlussfassung

**Vorlagentext:**

Der 1. Nachtragswirtschaftsplan 2006 erhöht sich im Erfolgsplan gegenüber dem ursprünglichen Wirtschaftsplan bei den Erträgen um 13.500 € und vermindert sich bei den Aufwendungen um 1.307.800 €. Der Vermögensplan erhöht sich bei den Einnahmen und Ausgaben um 838.250 €. Kredite werden weiterhin nicht benötigt.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite bleibt mit 500.000 € unverändert.

Nähere Einzelheiten über die Veränderungen der Planansätze sind auf den Seiten drei und vier im Nachtragswirtschaftsplan ersichtlich.

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt den 1. Nachtragswirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes für das Jahr 2006 in der vom Werksausschuss am 11.09.2006 beratenen Fassung.

**Abstimmungsergebnis:**

27 Ja 14 Nein 1 Enthaltung

**Form der Abstimmung:**

Offen

**Tagesordnungspunkt: 3**

**Drucksachennummer: 107/2006/1**

Einführung der Kommunalen Doppik Rheinland-Pfalz zum 01.01.2008

**Vorlagentext:**

Das Landesgesetz zur Einführung der Kommunalen Doppik in Rheinland-Pfalz (KomDoppikLG) vom 02.03.2006 ist am 16.03.2006 in Kraft getreten. Damit wurden u. a. zahlreiche Bestimmungen der Gemeindeordnung und der Landkreisordnung, die kommunale Haushaltswirtschaft betreffend, geändert.

Nach Artikel 8, § 1 Abs. 1 KomDoppikLG haben die Gemeinden und in Verbindung mit § 57 LKO auch die Landkreise, ab dem Haushaltsjahr 2007 ihre Bücher nach den Regeln der doppelten Buchführung für Gemeinden zu führen.

Abweichend davon kann durch Beschluss des Kreistages die Umstellung auch erst ab 2008 bzw. 2009 erfolgen.

Die Verwaltung schlägt vor, die Umstellung erst zum 01.01.2008 vorzunehmen.

**Begründung:**

Die gesetzlichen Grundlagen für die Umstellung sind im März 2006 veröffentlicht worden, die Bekanntmachung der Gemeindehaushaltsverordnung, eine der wichtigsten Grundlagen für das kommunale Haushaltswesen, erfolgte erst Ende Mai. Die Verwaltungsvorschrift zur Gemeindehaushaltsverordnung sowie Zuordnungsvorschriften und Muster der Gemeindeordnung und Gemeindehaushaltsverordnung fehlen bis heute.

Auch ist nach wie vor unklar, wie die geringwertigen Wirtschaftsgüter hinsichtlich der Inventarisierung und der Abschreibung zu behandeln sind. Der Kreisausschuss hat für den Landkreis Alzey-Worms beschlossen, dass Wirtschaftsgüter erst ab einem Netto-Anschaffungs- oder -herstellungswert von 410 € in der Anlagenbuchhaltung erfasst und laut AfA abgeschrieben werden. Das bedeutet gleichzeitig, dass geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu 410 € im Jahr der Anschaffung als Aufwand verbucht und nicht inventarisiert werden.

Der erste Entwurf der VV zu § 35 GemHVO beinhaltet dem gegenüber ein Wahlrecht, wobei allerdings bei allen Wahlmöglichkeiten eine Erfassung in der Anlagenbuchhaltung erforderlich erscheint, da Abschreibungen zu buchen sind, was eine direkte Verbuchung als Aufwand ausschließt.

Sollte dies auch in der endgültigen Fassung der VV unverändert enthalten sein, muss mit einem erheblichen Mehraufwand und entsprechendem Mehrbedarf an Personal gerechnet werden.

Das bedeutet, dass die Vorbereitungen, die bis heute für die Umstellung getroffen werden können, alle bis zur Vorlage der endgültigen Vorschriften noch unter dem Vorbehalt späterer Änderungen stehen. Dass diese Änderungen teilweise gravierend sein können, haben Unterschiede zwischen den Entwürfen der Gemeindehaushaltsverordnung und der endgültigen Fassungen bereits gezeigt.

Dieses Änderungsrisiko trifft natürlich auch die Software-Anbieter, die möglicherweise noch kurzfristig Anpassungen an ihren Programmen vornehmen müssen.

Offen ist auch die technische Umsetzbarkeit einer wie bisher durchgeführten automatisierten Personalkostenverbuchung, da sich künftig die Anzahl der Buchungsstellen und die Buchungssystematik grundlegend ändern. Die Verbuchung der Personalkosten hat künftig in der Ergebnisrechnung brutto (Gehalt incl. Steuern) und in der Finanzrechnung netto (Gehalt und Steuern getrennt) zu erfolgen.

Darüber hinaus sind die Personalkosten jeder/jedes einzelnen Bediensteten bei den einzelnen Leistungen mit den jeweiligen Zeitanteilen nachzuweisen. Dies bedeutet bei rd. 300 Leistungen im Produktkatalog der Kreisverwaltung für Ergebnis- und Finanzrechnung jeweils mindestens 2.000 Buchungsstellen monatlich.

Hieraus wird auch deutlich, dass organisatorische Regelungen zum künftigen Belegfluss und zur Belegablage in Finanzbuchhaltung und Kasse noch ungeklärt sind, da auch die Pilotkommunen die diesbezügliche Organisation nach wie vor auf kameralistischer Basis führen.

Die Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung ist noch nicht geändert, daher ist noch unklar, wie eine Anpassung an die doppelte Buchführung der Kommune erfolgen soll. Darüber hinaus lässt die Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung keine Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen aufgrund von beamtenrechtlichen oder vertraglichen Ansprüchen zu, die nach § 36 der GemHVO zu bilden sind.

Die Bewertung der Kreisstraßen wurden dem Landesbetrieb Straßen und Verkehr übertragen. Mit den Ergebnissen der Bewertung kann allerdings erst bis Jahresende 2006 gerechnet werden. Bis dahin fehlt eine bedeutsame Position des Anlagevermögens. Wenngleich die Eröffnungsbilanz erst bis zum 30. November des ersten Haushaltsjahres mit doppelter Haushaltsführung festgestellt werden muss, sind doch die Abschreibungen für das abschreibungspflichtige Anlagevermögen bereits im ersten doppelten Haushalt zu veranschlagen. Das bedeutet, dass ein vollständiger Haushaltsentwurf erst Ende des laufenden Jahres oder zu Anfang des nächsten Jahres vorgelegt werden kann. Eine rechtzeitige Verabschiedung ist damit in diesem Jahr nicht mehr gewährleistet.

Schließlich ist noch eine personelle Verstärkung des Finanzreferates erforderlich, um die Vollkostenrechnung und das Berichtswesen aufzubauen. Die Einstellung wird erst im letzten Quartal des laufenden Jahres erfolgen. Mit vollständigen und belastbaren Ergebnisse der Kostenrechnung kann wohl im laufenden Jahr kaum noch gerechnet werden. Da bereits für die Haushaltsplanung umfangreiches Datenmaterial aus der Plankostenrechnung zu entwickeln ist, dürfte auch daran die rechtzeitige Vorlage eines Haushaltsentwurfes scheitern.

Umfragen haben ergeben, dass, wenn überhaupt, nur ganz wenige Landkreise bereits zum 01.01.2007 umstellen werden. Vielmehr bestehen erhebliche Bedenken, dass die Umstellung zum frühesten Termin auf der Grundlage noch lückenhafter Vorschriften und teilweise lückenhafter Daten in einem Desaster enden könnte.

Die vorstehend genannten Gründe und auch die Bedenken, die andernorts bestehen, sprechen nach Überzeugung der Verwaltung für eine Hinausschiebung des Umstellungstermins im Landkreis Alzey-Worms auf den 01.01.2008.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 05.09.d.J. einstimmig die Umstellung zum 01.01.2008 empfohlen.

**Landrat Görisch** teilte ergänzend mit, dass die Verwaltung ursprünglich davon ausgegangen sei, dass alle notwendigen Gesetze, Verwaltungsvorschriften und Software zur Umstellung auf die Doppik rechtzeitig zur Verfügung stehen würden. Da dies jedoch nicht der Fall sei, wolle man die Doppik erst zum 01.01.2008 einführen. Er informierte, dass die umfangreichen und sorgfältigen Vorbereitungen weiterhin fortgeführt würden.

Auf Frage von **Kreistagsmitglied Rohschürmann** erläuterte **Herr Rauschkolb**, was unter der künftigen „Verbuchung der Personalkosten in der Ergebnisrechnung brutto (Gehalt incl. Steuern) und in der Finanzrechnung netto (Gehalt und Steuern getrennt)“ zu verstehen sei.

**Fraktionsvorsitzender Lind (FDP)** begrüßte die Einführung der kommunalen Doppik, da sich das bisherige Haushaltsrecht für Außenstehende schwierig gestalte. Er machte deutlich, dass die Ansätze das Entscheidende in der Doppik seien und somit von Anfang an fehlerfrei begonnen werden müsse. Sollten die jeweiligen Abschreibungsgrundlagen nicht korrekt seien, werde ein sehr viel größerer Korrekturbedarf auf den Kreis zukommen. Daher unterstütze er den Vorschlag der Verwaltung, die Kommunale Doppik im Landkreis Alzey-Worms erst zum 01.01.2008 einzuführen.

**Fraktionsvorsitzender Kiefer (SPD)** führte aus, dass die Entscheidung, die Doppik aufgrund der noch nicht vorliegenden Vorschriften um ein Jahr zu verschieben, richtig sei. Sodann ging er auf die Befragung zur kommunalen Doppik in Nordrhein-Westfalen ein, wo nahezu 80% der Kämmerer der Auffassung seien, dass sich das Erreichen eines ausgeglichenen Haushaltes unter den Rahmenbedingungen der Kommunalen Doppik wesentlich schwieriger gestalten werde. Dies gelte nach deren Auffassung insbesondere für kleinere Kommunen. Wenn sich die Finanzausstattung der Kommunen nicht grundlegend ändere, werde eine Vielzahl der Gemeinden den Haushaltsausgleich auf Dauer nicht erreichen und somit einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag auf der Aktivseite der Bilanz als Indiz ihrer Überschuldung ausweisen müssen. In NRW stelle man sich daher schon die Frage nach der Überlebensfähigkeit der Gemeinden. Er hoffe jedoch, dass dies auf Rheinland-Pfalz nicht zutreffen werde.

Auch **Kreistagsmitglied Mehring** begrüßte die Einführung der Kommunalen Doppik im Landkreis Alzey-Worms. Er vertrat die Auffassung, dass die finanzielle Misere der Gemeinden mit der Einführung der Doppik nicht verschärft würde, da die Kommunen bereits jetzt finanziell sehr schlecht gestellt seien. Die Doppik sei lediglich eine andere Darstellungsform, die die finanzielle Situation der Gemeinden für Laien klarer mache. Die Diskussion über die Eröffnungsbilanz solle auf den Zeitpunkt aufgeschoben werden, an dem sie aktuell werde. Entscheidendes hänge nach seiner Auffassung davon ab, wie das Vermögen in der Eröffnungsbilanz bewertet werde. Dabei gehe es grundsätzlich nicht nur um eine Bewertung nach Anschaffungs- und Herstellungskosten. Es stelle sich die Frage, welche Abschreibungsbasis für die Wirtschaftsgüter gelte, die schon länger in Kreisbesitz seien.

**Kreistagsmitglied Wager** führte aus, dass auch alle Städte und VG im Landkreis - mit Ausnahme der VG Monsheim und Wörrstadt - die Doppik am 01.01.2008 einführen würden. Er gehe davon aus, dass dies auch beim Landkreis zeitlich gelingen werde. Allerdings müsse der Kreis sowohl bei der Kameralistik als auch bei der Doppik seine Einnahmen und Ausgaben gleichermaßen in den Griff bekommen.

**Landrat Görisch** machte abschließend deutlich, dass es sich bei der Doppik um eine Vermengung kaufmännischer Buchführung und Kameralistik handle.

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt die Einführung der Kommunalen Doppik Rheinland-Pfalz im Landkreis Alzey-Worms zum 01.01.2008.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Form der Abstimmung:**

Offen

**Tagesordnungspunkt:** 4

**Drucksachenummer:** 24/2006/2

Schulentwicklungsplan des Landkreises Alzey-Worms für 2005 bis 2010 - Fortschreibung  
- Beschlussfassung

**Vorlagetext:**

Die Projektgruppe „Bildung und Region“ aus Bonn erstellte im Jahre 1993 den Schulentwicklungsplan für den Landkreis Alzey-Worms, der vom Kreistag am 29.09.1995 beschlossen wurde. Der Plan wurde im Jahre 1997 erstmals fortgeschrieben.

A. Der Kreistag hat am 15.07.1998 einen Maßnahmenkatalog beschlossen, der im wesentlichen folgende Punkte beinhaltet:

**I. Realschulen**

1. Die Erweiterung der Realschulen Osthofen und Wörrstadt ist bereits beschlossen; Baubeginn in Osthofen im Juni 1998, in Wörrstadt im 1. Quartal 1999.
2. Da eine Erweiterung der Realschule Alzey an Ort und Stelle aus schulorganisatorischen, sozialen und pädagogischen Gründen nicht in Betracht kommt, soll durch die Einrichtung einer Realschule in der Hauptschule Gau-Odernheim eine höchstmögliche Entlastung der Realschule Alzey und eine teilweise Entlastung der Realschule Wörrstadt erreicht werden.
3. Im Gustav-Heinemann-Schulzentrum besteht noch ein geringer Fachraumbedarf, der durch Umnutzung vorhandener Klassenräume befriedigt werden kann.

## II. Förderschulen

Die Erweiterung der Volkerschule Alzey ist beschlossen; mit der Baumaßnahme soll im 1. Quartal 1999 begonnen werden.

## III. Gymnasien

Es wird notwendig, die Alzeier Gymnasien um Allgemeine Unterrichtsräume bzw. Fachräume zu erweitern.

## IV. Berufsbildende Schulen

Verwirklichung des 2. Bauabschnittes; Zusammenlegung von kaufmännischem und gewerblichem Teil an einem Standort.

## V. Integrierte Gesamtschule

Die Einrichtung einer weiteren Integrierten Gesamtschule erscheint derzeit wenig aussichtsreich. Vom Land ist dies offensichtlich auch nicht vorgesehen.

Der 3. Bauabschnitt des Neubaus der Integrierten Gesamtschule soll zum Schuljahresbeginn 2000/2001 bezugsfertig sein. Aufgrund der dauerhaften 3-Zügigkeit der Hauptschule (ursprünglich prognostiziert waren 2 Züge) wird es notwendig, den 3. Bauabschnitt in 2 Geschossen (ca. 370 qm HNF größerer Raumbedarf) zu verwirklichen.



B. Überblick über seit 1998 durchgeführte bzw. begonnene Investitionen des Landkreises im Schulbereich

Schule	Maßnahme	Kosten (ca.)	Jahr
<u>I. Realschulen</u>			
Osthofen	Erweiterung um ca. 520 qm HNF	870.000 Euro	1998
Wörrstadt	Erweiterung um ca. 520 qm HNF sowie Umbau im Bestand	1.330.000 Euro	1999
Gau-Odernheim	1. BA Umnutzung von Klassenräumen in Fachräume	460.000 Euro	2001
	2. BA Erweiterung um ca. 570 qm HNF sowie Umbau im Bestand	3.000.000 Euro	2005
	<i>Förderung Neubau einer Grundschule und der dazugehörenden Sporthalle</i>	<i>1.157.000 Euro 307.000 Euro</i>	
<u>II. Förderschulen</u>			
Volkerschule Alzey	Erweiterung um ca. 420 qm HNF	767.000 Euro	1999
	Einrichtung von Ganztagsangeboten	86.000 Euro	2002
Wonnegauschule Osthofen	Einrichtung von Ganztagsangeboten	60.000 Euro	2003
<u>III. Gymnasien</u>			
Gymnasium am Römerkastell	Erweiterung um ca. 1.312 qm HNF sowie Umbau im Bestand	6.064.000 Euro	2002
	brandschutztechnische Aufrüstung des Altbaus in 3 Abschnitten	650.000 Euro	2004 - 2006
Elisabeth-Langgässer-Gymnasium	Erweiterung um ca. 925 qm HNF sowie Umbau im Bestand	3.425.000 Euro	2002
Gemeinschaftseinrichtung	Neubau einer Sporthalle mit 3 ÜE	1.790.000 Euro	2005
	Sanierung der Außensportanlage	820.000 Euro	2006
<u>IV. Berufsbildende Schulen</u>			
	Errichtung 2. BA – kaufmännischer Bereich – mit 2.145 qm HNF	6.850.000 Euro	2003
<u>V. Schulzentren</u>			
Wörrstadt	Errichtung 3. BA – Fachklassentrakt für IGS- mit ca. 720 qm HNF	1.840.000 Euro	2000
	Neubau einer Sporthalle mit 3 ÜE	1.790.000 Euro	2004
	Einrichtung von Ganztagsangeboten		2005
	Errichtung eines Gebäudes (Mensa und Fachräume) mit 785 qm HNF	1.900.000 Euro	2006
Alzey	Einrichtung von Ganztagsangeboten		2005
	Errichtung eines Mensagebäudes mit 350 qm HNF	1.200.000 Euro	2005
	Erweiterung um ca. 620 qm HNF sowie Umbau im Bestand	2.221.000 Euro	2007

### C. Weitere Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes

Im Jahre 2005 wurde der Projektgruppe „Bildung und Region“ der Auftrag zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes erteilt. Die Ergebnisse der Fortschreibung für die Jahre 2005 bis 2010 liegen zeitlich vor und wurden den Mitgliedern des Kreisausschusses, die jeweils ein Exemplar erhielten, in der Sitzung am 07.03.2006 vorgestellt.

Im Folgenden werden die wesentlichen Aussagen zusammengefasst und es wird untersucht, ob und inwieweit Handlungsbedarf für die kreiseigenen Schulen besteht.

#### I. Bevölkerungsentwicklung - Schülerzahlen

*Die Bevölkerungszahl im Landkreis Alzey-Worms ist wegen der erheblichen umgesetzten Neubaugebiete angewachsen (insgesamt um 8,7 % gegenüber dem Jahr 1995) und zwar weitaus stärker, als dies im Land insgesamt (2,1 %) oder in der Stadt Worms (1,5 %) der Fall gewesen ist. Und die Zuzugsdynamik scheint sich im Landkreis – anders als beim Land – selbst nach dem Ende der 90er Jahre noch nicht erschöpft zu haben.*

Dennoch gehen die Planer davon aus, dass im Landkreis die aktuellen Grundschülerzahlen – eine Umsetzung der gemeldeten Neubaugebiete unterstellt – nur noch für wenige Jahre relativ stabil bleiben können.

*Nach 2008/2009 setzt ein immenser Rückgang der Grundschülerzahlen ein. (S. 184, S. 82 ff.) Im Schuljahr 2010/2011 werden die Zahlen nur noch auf einem Stand von 6,6 % über den Werten aus dem Schuljahr 1990/91 liegen gegenüber 21,5 % im Schuljahr 2004/05. (S. 184)*

Entwicklung der Schülerzahlen in der Primarstufe im Landkreis:

Schuljahr 1990/91	Schuljahr 2000/01	Schuljahr 2005/06	Schuljahr 2010/11
4.821	6.231	5.930	5.139

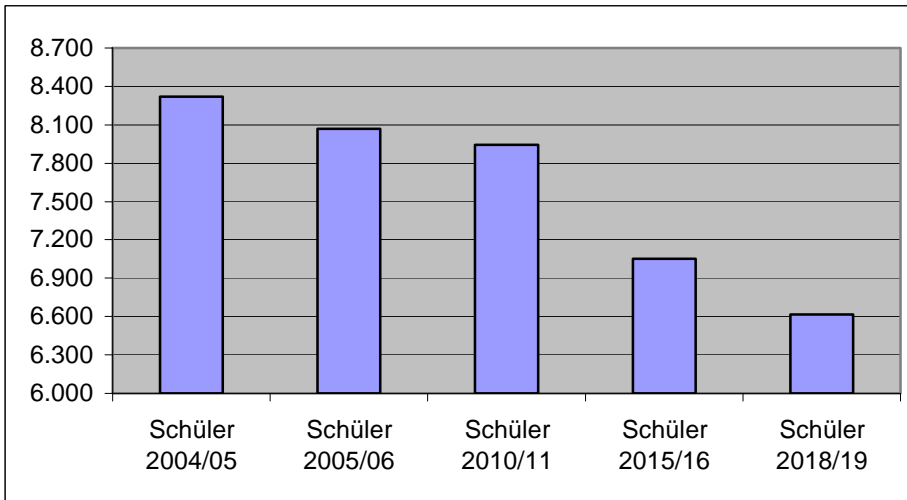
*Die in den 5. Klassen aller Sekundarschulen zu versorgenden Jahrgangsbreiten (ohne Berücksichtigung der Aus- bzw. der Einpendler) sind im Landkreis binnen weniger Jahre von 990 Schülern im Schuljahr 1986/87 auf 1.461 Schüler (incl. Freie Waldorfschüler -FWS, Förderschüler usw.) im Schuljahr 2004/05 gestiegen (+ 471 = 17,4 Klassen à 27 Schüler allein in der Jahrgangsstufe 5; dies wären bei kontinuierlichen Schülerzahlen bzw. Tendenzen 105 Klassen in den Jahrgangsstufen 5 bis 10 insgesamt).*

Schulwahlverhalten (S. 23 / 29) Landkreis Alzey-Worms im Vergleich zum Landesdurchschnitt:

Schulart	Landkreis Alzey-Worms		Landesdurchschnitt	
	2003/04	1994/95	2003/04	1994/95
Hauptschule	16,1 %	33,3 %	16,0 %	30,9 %
Regionalschule	12,1 %	./.	13,2 %	4,1 %
Realschule	24,7 %	25,9 %	22,8 %	21,8 %
Gymnasien	39,6 %	32,4 %	32,1 %	29,3 %
FWS/IGS	6,5 %	7,6 %	5,4 %	4,4 %

Mittelfristig ist, weil die Zahl der Übergänge in den nächsten Jahren nicht mehr steigt, allerdings nur noch mit leicht steigenden Schülerzahlen in der Sekundarstufe I (5. – 10. Klasse) und in der Sekundarstufe II (11. bis 13. Klasse) insgesamt zu rechnen.

Die Sekundarstufe I isoliert betrachtet lässt in den kommenden Jahren einen Schülerrückgang erwarten.



### Ein- und Auspendler

Um die Dimension der Aufgaben der Gesamtheit der Schulstandorte im Landkreis Alzey-Worms zu verdeutlichen, wurden von den Planern die Ein- und Auspendlereffekte eigens untersucht. Diese Analyse erfolgte anhand der Übergänge aus den Grundschulen im Landkreis in die Sekundarschulen und den Aufnahmen in die Sekundarschulen im Landkreis:

*Gegenüber den Übergängen aus den Grundschulen haben im Mittel der Schuljahre 1999/2000 bis 2004/05 im Landkreis „unter dem Strich“ 94 Schüler (6,7 %; entspricht 3,8 Zügen à 25 Kinder) gegenüber den Übergängen aus den eigenen Grundschulen weniger in den 5. Klassen der Sekundarschulen gesessen (d.h. 1.505 Übergänge in die 5. Klassen bei 1.411 Fünftklässlern). (S. 180)*

*Pendelten im Saldo der letzten Jahre 110 Schüler (4,1 Klassen à 27,0 Schüler) in die 5. Klassen aus, machen diese „Schüler-Verluste“ in den 6 Jahrgangsstufen der Sekundarstufe I insgesamt 660 Schüler (24 Klassen à 27,0) aus. Verblieben von diesen Schülern nur 50 % in den 3 Jahrgangsstufen der Oberstufe, müsste der Landkreis Alzey-Worms gegenüber dem SOLL für 825 „unter dem Strich“ auspendelnde Schüler 24 Klassen à 27,0 Schüler plus 8 Kurse à 22,0 Schüler weniger in seinen Gebäuden freihalten. (S. 32)*

*In den Hauptschulen haben durch besondere Zugänge, Wiederholer usw. gegenüber den Übergängen aus den Grundschulen im Mittel der letzten Jahre 7 Schüler und damit 2 % mehr in den 5. Klassen gesessen. In den Regionalen Schulen haben im Mittel der letzten Jahre 39 Schüler und damit 23 % mehr in den 5. Klassen gesessen. In den Realschulen haben im Mittel der letzten Jahre 46 Schüler und damit 12 % mehr in den 5. Klassen gesessen.*

*In den Gymnasien wurden im Mittel der letzten Jahre 199 Schüler und damit 36 % weniger in die 5. Klassen aufgenommen. Leicht scheint die Zahl der Auspendler – von 201 zu 187 Kinder – zu sinken.*

*„Unter dem Strich“ besuchen im Landkreis Alzey-Worms (Bilanz Ein- und Auspendler auf das anzusprechende Gesamtgebiet bezogen) zu 91,2 % Schüler aus dem Landkreis selbst die 5. Klassen der Sekundarschulen des Landkreises. (Schaubilder + Statistiken S. 33 – 42)*

## II. Entwicklung der einzelnen Schularten

### 1. Die Untersuchungen ergaben, dass die Entwicklungen in den einzelnen Schularten unterschiedlich verlaufen.

Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler der Eingangsklassen der Hauptschulen in Alzey und Wörrstadt geht insgesamt nur leicht zurück, so dass diese Schulen auf Dauer 2 bis 3zünftig bleiben. Da beide Schulen jeweils 3-zünftig ausgebaut sind, besteht in diesem Bereich kein Handlungsbedarf.

Bei den Realschulen wird bis zum Schuljahr 2008/09 noch mit einem Anstieg der 5. Jahrgangsstufen zu rechnen sein; erst dann gehen langsam die Schülerzahlen zurück. Im Schuljahr 2010/11 wird die Realschule Alzey 4,3 Züge aufweisen (ausgebaut 4-zünftig), die Realschule Osthofen 4,1 Züge (ausgebaut 4-zünftig), die Realschule Wörrstadt 4,8 Züge (ausgebaut 4-zünftig) sowie die Realschule Gau-Odernheim 3,1 Züge (3-zünftig ausgebaut).

Erst ab dem Schuljahr 2013/14 ist damit zu rechnen, dass ein leichter Raumüberhang besteht. Berücksichtigt man, dass bei dem Raumbestand auch die Mitte der 1990er Jahre aufgestellten Pavillons berücksichtigt sind, dürfte sich vermutlich bis dahin der Raumüberhang, wegen Abgangs der Pavillons nach ca. 20 Jahren, relativieren.

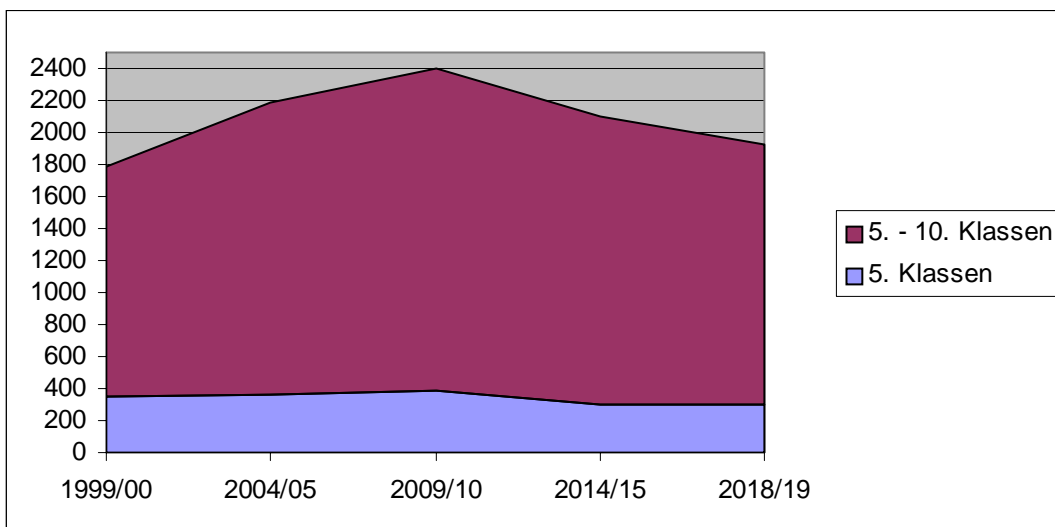
Somit kann festgestellt werden, dass das vorhandene Raumangebot mit der zu erwartenden Schülerentwicklung im Einklang steht.

Die Gymnasien bedürfen, insbesondere im Hinblick auf die Auspendlerproblematik, einer genaueren Untersuchung:

Sowohl das Elisabeth-Langgässer-Gymnasium als auch das Gymnasium am Römerkastell wurden in den Jahren 2002/03 zu jeweils 5-zügigen Schulen ausgebaut.

Die Schülerzahlen in der Sekundarstufe I der Gymnasien steigen bis zum Schuljahr 2009/2010 stetig an. Danach nehmen die Zahlen langsam wieder ab; im Schuljahr 2018/2019 wird in etwa wieder das Niveau des Schuljahres 2002/2003 erreicht sein. Die Gymnasien weisen im Schuljahr 2009/2010 jeweils 6,2 Züge auf, während 9 Jahre später ein Rückgang auf 5,4 Züge prognostiziert wird.

Hier eine Darstellung der Schülerentwicklung (Elisabeth-Langgässer-Gymnasium und Gymnasium am Römerkastell) in den 5. Jahrgangsstufen (blau) und der gesamten Sekundarstufe I (rot).



## 2. Ein- und Auspendlerproblematik, insbesondere an den Gymnasien

Viele Schulen in der Region und vor allem einige Regionale Schulen, die Realschulen und die Gymnasien sowie alle Gesamtschulen scheinen in den letzten 10 Jahren zuzulaufen bzw. zugehauen zu sein. (S. 177, 63 ff.) Entstanden sind 1 Realschule, 5 Integrierte Gesamtschulen und 9 Regionale Schulen, jedoch kein Gymnasium. Überdurchschnittlich zugelegt hat u.a. das Gymnasium Nieder-Olm: + 362, d.h. + 32 %; am Staatlichen Aufbaugymnasium in Alzey ist die Schülerzahl um + 80 % angestiegen.

Da einige Gymnasien außerhalb der Planungsregion (vgl. S. 66) weitaus höhere Steigerungsquoten als die im Landkreis Alzey-Worms zu verzeichnen haben, ist der Handlungsdruck, unter dem sich der Träger sehen könnte, zu relativieren.

Die Projektgruppe „Planung und Region“, die auch für den Landkreis Mainz-Bingen und die Stadt Worms die Schulentwicklungsplanung fortgeschrieben hat, stellte an einigen Schulen „bedrohlich hohe“ Anmeldezahlen fest, auch – aber im Landkreis Alzey-Worms weniger nachhaltig als anderenorts – durch Einpendler. Trotz der künftigen Absenkung der Zahl der Übergänge zu den Sekundarschulen und der perspektivischen Absenkung der Schülerzahlen fehlen in einigen Realschulen und in den Gymnasien Klassenräume bzw. ausreichend große Klassenräume.

Hält die aktuelle Misere bei der Versorgung von Sekundarschülern an, wird der Anspruch, in den gewünschten Schulen Aufnahme zu finden, doppelt „beeinflusst“: potentielle Einpendler finden keine Aufnahme und Schüler aus dem Landkreis Alzey-Worms sitzen in nicht ausreichenden und/oder in überfüllten Klassen. Und „traditionell auspendelnde“ Schüler aus dem Landkreis Alzey-Worms könnten in dessen Nachbarschaft keine Aufnahme finden. Bei einer fortgesetzten Tendenz könnte vor allem die Zahl der Einpendler in die Realschulen (im Mittel der letzten Jahre waren es in den 5. Klassen dieser Schulart insgesamt 12 %) und die Zahl der Auspendler in andere Gymnasien (im Mittel waren es 36 % der Schüler in den 5. Klassen) zum Problem werden.

### Auspendler nach Worms

Im Mittel der letzten Jahre gingen aus den 4. Klassen von Grundschulen im Landkreis 111 Schüler zu den 3 Wormser Gymnasien; insgesamt wechseln zu Wormser Schulen 125 Kinder, was 6,8 % der Zugänge entspricht. Der Zuzug von Grundschulen außerhalb der Stadt Worms umfasst 8,2 % der Gesamtschülerzahl (149 Kinder; bei den Gymnasien beträgt der Anteil der Einpendler 29,9 % (129 Kinder). (S. 33 – 37 SEP Worms)

*Die Aufnahme zahlreicher Einpendler in die Karmeliterrealschule und in die Gymnasien führt im Status quo der Schullandschaft und der Schulstandorte zu Raumengpässen .... Ohne diese Einpendler und auch nur bei gleichbleibenden Anteilen der Einpendler werden perspektivisch Klassenräume frei stehen, da die Übergänge aus der Stadt Worms selbst seit einigen Jahren in erheblichem Maße abzusinken beginnen. (S. 155 SEP Worms)*

Diese Aussage gilt unter Berücksichtigung gleichbleibender Auspendlerzahlen ebenfalls für die Schulen in der Trägerschaft des Landkreises.

### Auspendler nach Mainz-Bingen

- a) Das Gymnasium Nieder-Olm besuchen auch Schüler aus unserem Landkreis, insbesondere aus den Gemeinden Saulheim, Gabsheim, Udenheim und Schornsheim. In den Schuljahren 2000/01 bis 2005/06 wurden im Mittel 47 Schüler (= 23,6 %) in die 5. Klassen aufgenommen. Die Schule ist derzeit 7,9 zügig; allerdings werden ab dem Schuljahr 2007/2008 leicht rückläufige Aufnahmezahlen bis

zum Schuljahr 2011/2012 prognostiziert, wobei die Gesamtschülerzahl im Jahr 2010/2011 ihren Höchststand erreicht haben soll.

- b) Zum Gymnasium zu St. Katharinen in Oppenheim gehen Schüler aus den kreisangehörigen Gemeinden Alsheim, Gimbsheim und Mettenheim. Im o.g. Zeitraum betrug die Übergangsquote im Mittel 17 Schüler (= 9,7 %). Bei der derzeit ebenfalls 7,4 zügigen Schule wird eine ähnliche Entwicklung der Schülerzahlen wie in Nieder-Olm erwartet; die Aufnahmezahlen sollen hier bereits ab das Schuljahr 2008/2009 rückläufig werden.

#### Auspendler nach Kirchheimbolanden und Bad Kreuznach

Lediglich ca. 25 Schüler pendeln zu Schulen nach Kirchheimbolanden und Bad Kreuznach aus.

#### Reaktion der Stadt Worms

Aus grundsätzlichen soziostrukturellen Gründen bestehen keine Bedenken gegen die weitere Aufnahme von Schülern aus dem Landkreis an den Wormser Gymnasien.

#### Reaktion des Landkreises Mainz-Bingen

Ausweislich der Fortschreibung des dortigen Schulentwicklungsplans wird trotz der in den letzten Jahren erfolgten Sanierung/Umbau und Erweiterung der Gymnasien in Bingen, Ingelheim, Nieder-Olm und Oppenheim der Raumbedarf an diesen Schulen weiter ansteigen. Verantwortlich dafür ist nicht nur das Ansteigen der Schülerzahlen insgesamt, sondern auch das Schulwahlverhalten der Eltern, die im Landkreis Mainz-Bingen mit ca. 47 % - im Bereich Nieder-Olm bereits mit 55 % - die Schulform Gymnasium anwählen und damit bereits heute deutlich über dem Landesdurchschnitt liegen. Seitens des Landkreises geht man von einem weiteren Anstieg aus. Im gleichen Zeitraum durchgängig rückläufig sind dagegen die Anmeldungen zu den Eingangsklassen der Hauptschulen und Regionalen Schulen, so dass ein bedenkliches Absinken der Zügigkeiten wenn nicht schon eingetreten, so doch klar prognostiziert wird.

Aufgrund dessen hat der Landkreis Mainz-Bingen die Absicht, die Schulstruktur der Sekundarstufen I und II, insbesondere in Bezug auf die Entwicklung der Staatlichen Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen und Regionalen Schulen, neu zu ordnen, um den „Schulstandort Mainz-Bingen“ zu sichern und zu qualifizieren.

In Abstimmung mit den anderen betroffenen Schulträgern sollen errichtet werden:

- ein neues dreizügiges Gymnasium in verpflichtender Ganztagsform in Nackenheim
- zwei vierzügige Integrierte Gesamtschulen in Nieder-Olm und Sprendlingen an Stelle der bisherigen Regionalen Schulen
- Verlegung der Kaiserpfalz-Realschule Ingelheim in die Gebäude der Regionalen Schule Gau-Algesheim und Umwandlung der Pestalozzi-Hauptschule der Stadt Ingelheim in eine Regionale Schule

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 07.07.2006 einen entsprechenden Beschluss zur Antragstellung an das Land gefasst. Zugleich soll hierbei geprüft werden, ob dieses Konzept durch die Bildung von Einzugsbereichen (§ 93 SchulG) abgesichert werden kann.

#### Auswirkungen auf den Landkreis Alzey-Worms

Durch die geplante Errichtung eines neuen dreizügigen Gymnasiums in verpflichtender Ganztagsform in Nackenheim und die Einrichtung von 2 vierzügigen Integrierten Gesamtschulen in Nieder-Olm und Sprendlingen würde die IGS in Wörrstadt, die seither ca. 20 Schüler pro Jahrgang aus dem Landkreis Mainz-Bingen aufgenommen hat, entlastet und hätte damit freie Kapazitäten für die Aufnahme weiterer

Kinder aus unserem Landkreis; allerdings ist die Zügigkeit der Schule bzw. das pädagogische Konzept der Schule nach der Errichtungsverfügung des Landes auf 4 Züge und somit 120 Kinder pro Jahrgang beschränkt.

Die Bildung von Einzugsbereichen für die Gymnasien in Nieder-Olm und Oppenheim hätte jedoch negative Auswirkungen auf die Gymnasien in unserem Landkreis. Betroffen wären hiervon ca. 70 Schüler (im Schuljahr 2005/2006 waren es insgesamt 68 Kinder) aus den o.g. kreisangehörigen Gemeinden, die zu den genannten Schulen nach der 4. Grundschulklasse auspendeln. Hinsichtlich des Zuschnittes solcher Einzugsbereiche wurden bereits erste Gespräche mit der Kreisverwaltung Mainz-Bingen geführt. Diese ergaben, dass das Gymnasium Nieder-Olm weiterhin Schüler aus den Gemeinden Saulheim, welche insoweit das größte Kontingent stellt (22 Schüler im Schuljahr 2005/2006), und Partenheim aufnehmen soll.

### Sichtweise der betroffenen Schulleiter

Die Schulleiter der beiden in der Trägerschaft des Landkreises stehenden Alzeyer Gymnasien sehen auch bei einer Abweisung von Schülern aus Gabsheim, Udenheim und Schornsheim durch das Nieder-Olmer Gymnasium bzw. bei einer Anmeldung von Schülern aus diesen „Grenzgemeinden“ keine Gefährdung der Leistungsfähigkeit ihrer Schulen (Unterrichtsversorgung) und damit nicht den Bedarf, kurzfristig weitere Klassen- und Fachräume für einen Zug errichten zu müssen. Für einen überschaubaren Zeitraum von ca. 5 Jahren bis zum Schuljahr 2010/2011 halten sie eine temporäre „Überbelegung“ für zumutbar und organisatorisch zu bewältigen, sie würden dies akzeptieren.

### 3. Staatliches Aufbaugymnasium Alzey

Auch das Staatliche Aufbaugymnasium in Alzey, dessen Schulträger das Land Rheinland-Pfalz ist, hat in den letzten Jahren überdurchschnittlich zugelegt; die Schülerzahl ist um 80 % angestiegen.

Manche begabte und motivierte Schülerinnen und Schüler finden aus den verschiedensten Gründen nach der Grundschule oder der Orientierungsstufe nicht den Weg in die Langform des Gymnasiums. Die Schulform „Aufbaugymnasium“ wurde speziell für diese Schülergruppe eingerichtet.

Die Schule ist mit insgesamt ca. 500 Schülerinnen und Schülern sehr überschaubar, so dass Anonymität eigentlich nicht entstehen kann. Aufgrund der großen Oberstufe können fast alle (theoretisch möglichen) Leistungskurse und außerdem Englisch, Französisch und Latein als neu beginnende (fünfstündige) Fremdsprache gewählt werden, was auch die Aufnahme von Schülerinnen und Schülern mit nur einer bisherigen Fremdsprache ermöglicht. Die Schule verfügt über ein breites außerunterrichtliches Angebot.

#### 3.1. Übergangsmöglichkeiten zum Aufbaugymnasium

- a. Eintritt in die Regelklasse 10 nach dem neunten Schuljahr der Hauptschule oder der Regionalen Schule, d.h. in vier Jahren zum Abitur; Voraussetzungen:
  - das Halbjahreszeugnis 9/1 der abgebenden Schule weist das von der Schulordnung geforderte Notenbild aus (mindestens die Note „gut“ in den Fächern Deutsch, Englisch, Mathematik und mindestens die Note „befriedigend“ im Durchschnitt der übrigen Fächer) und die Klassenkonferenz spricht zusätzlich eine entsprechende Empfehlung aus;
  - wird eine Empfehlung nicht erteilt und/oder entspricht das Notenbild nicht den gegebenen Verordnungen, besteht die Möglichkeit zu einer Aufnahmeprüfung.
- b. Eintritt in einen Sprachförderkurs 10 nach der Übersiedlung von einem anderen Land nach Deutschland mit der Möglichkeit, in die Regelklassen und Regelkurse überzutreten

- c. Eintritt in die MSS 11 nach dem Abschluss der 10. Klasse der Hauptschule, der Regionalen Schule, der Realschule oder der Dualen Oberschule, d.h. in drei Jahren zum Abitur; Nachweis der besonderen Eignung für den Besuch der MSS erforderlich:
  - durch die Empfehlung der bisher besuchten Schule oder
  - durch die bestandene Aufnahmeprüfung.
- d. Eintritt in die MSS 11 nach dem Abschluss der zweijährigen Berufsfachschule, d.h. in drei Jahren zum Abitur; Nachweis wie bei c. erforderlich
- e. Eintritt in einen zweijährigen Sonderlehrgang für Aussiedler

### 3.2. Schülerzahlen

Im Schuljahr 2005/06 besuchten 537 Schüler und Schülerinnen das Aufbaugymnasium Alzey. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrerinnen und Lehrer wuchs in den letzten Jahren ständig. Zur Zeit unterrichten 52 Lehrer und Lehrerinnen an der Schule.

54 Schülerinnen und Schüler waren aufgeteilt in drei Klassen der Jahrgangsstufe 10, um die Mittlere Reife zu erwerben. Die meisten Schülerinnen und Schüler, insgesamt 426, nahmen an der MSS (Mainzer Studienstufe) teil, um hier - wie auch an den sonstigen Gymnasien in Rheinland-Pfalz - innerhalb von drei Schuljahren das Abitur zu erreichen.

In den sog. Sonderlehrgängen können Aussiedlerinnen und Aussiedler, die in den GUS-Staaten ihre Hochschulreife schon erworben haben, das deutsche Abitur nachholen. 57 Schülerinnen und Schüler besuchten drei Klassen der Sonderlehrgänge 12 und 13, um innerhalb von zwei Jahren die Allgemeine Hochschulreife bzw. den schulischen Teil der Fachhochschulreife zu erwerben.

	10	11	12	13	Sonderlehrgänge	Ge- samt
Anzahl der SchülerInnen	54	171	120	135	57	537

Im Schuljahr 2006/2007 besuchen insgesamt 412 Schülerinnen und Schüler die Klassen 11 bis 13 des Aufbaugymnasiums. Davon kommen 224 aus dem Landkreis.

### 3.3 Bedeutung für die anderen Schulen mit dem Sekundarabschluss II im Landkreis

Die beiden Gymnasien in der Trägerschaft des Landkreises und die Integrierte Gesamtschule in Wörrstadt profitieren von der Existenz wie auch von der großen Akzeptanz des Aufbaugymnasiums. Die jeweiligen Oberstufen erfahren hierdurch eine weitere spürbare Entlastung von durchschnittlich 75 Schülern pro Jahrgang, was in der MSS bei einer Messzahl von 16 Schülern 14 Kursen (ca. 5 Kurse pro Oberstufenjahrgang) entspricht.

### III. Einrichtung von Ganztagsangeboten

Das Land Rheinland-Pfalz fördert seit dem Jahr 2002 verstärkt die Einrichtung von Ganztagsangeboten in der Ganztagsform. Der Landkreis begrüßt diese Initiative und unterstützt die Schulen in seiner Trägerschaft bei der Verwirklichung solcher Angebote. Dies zeigen die Baumaßnahmen in den Jahren 2004 – 2006 an den Förderschulen in Alzey und Osthofen sowie an den Schulzentren in Alzey und Wörrstadt.



Nach Aussage der Schulleiter der Gymnasien besteht derzeit kein Interesse bzw. keine Nachfrage bezüglich der Einrichtung von Ganztagschulangeboten. Jedoch sehen sie die Notwendigkeit, für die Schüler, die nachmittags Unterricht haben, eine Versorgungsmöglichkeit in der Schule selbst zu schaffen.

Die Realschule Osthofen bietet seit dem Schuljahr 2005/2006 eine nachmittägliche Hausaufgabenbetreuung an. Das Angebot wird sehr gut angenommen, so dass von der Nachfrage nach der Einrichtung eines Ganztagschulangebotes auch an der Realschule auszugehen ist, zumal die benachbarte Goldbergschule, eine Haupt- und Grundschule, bereits über entsprechende Angebote verfügt. Im Falle eines Antrages müsste geprüft werden, ob und inwieweit ein zusätzlicher Raumbedarf besteht und wie die Mittagsverpflegung – ggfs. in Kooperation mit den benachbarten Schulen – organisiert werden kann.

#### IV. Beschlussvorschlag

Es wird empfohlen, die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für die Jahre 2005 bis 2010 in der vorgelegten Fassung zu beschließen und folgende ergänzende Feststellungen zu treffen:

1. Aufgrund der prognostizierten Schülerzahlen und der durchgeführten organisatorischen und baulichen Maßnahmen besteht bei den Haupt- und Realschulen sowie bei der Berufsbildenden Schule, den Förderschulen und der Integrierten Gesamtschule keine Notwendigkeit, weitere Baumaßnahmen zur Schaffung von Allgemeinen Unterrichtsräumen bzw. Fachräumen durchzuführen. Der geplante Neubau der Schule im Rotental in Alzey ist begründet durch den nicht behindertengerechten Ausbau des bestehenden Schulgebäudes.
2. Auch an den Gymnasien in der Trägerschaft des Landkreises besteht kein Handlungsbedarf. Nach Aussage der Schulleiter wird durch eine allenfalls nur vorübergehende, temporäre „Überbelegung“ die Funktionsfähigkeit ihrer Schulen nicht gefährdet trotz des Bestrebens des Landkreises Mainz-Bingen, durch die Bildung vom Einzugsbereichen die Aufnahme von Grundschulabgängern aus an der Kreisgrenze gelegenen Gemeinden in das Gymnasium Nieder-Olm zu beschränken.
3. Der Landkreis begrüßt und fördert die Einrichtung von weiteren Ganztagschulangeboten.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 20. September 2006 diesen Tagesordnungspunkt beraten und einen entsprechenden Empfehlungsbeschluss gefasst.

**Landrat Görisch** wies darauf hin, dass die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes seit Frühjahr d.J. vorliege. Diese sei im Kreisausschuss am 07.03. d.J. unter Beteiligung der betroffenen Schulleiter erörtert worden. Die Fortschreibung sei zwingend notwendig geworden, da die Zahl der Geburten künftig weiter zurück gehe. Zudem habe es Veränderungen in der Schullandschaft gegeben. So seien neue Schularten hinzugekommen und das Schulgesetz ergänzt worden.

Sodann ging er - wie in der Vorlage dargestellt - auf die erheblichen Veränderungen bei der Wahl der Schulart durch die Schüler ein.

Er wies u.a. darauf hin, dass bezüglich der Räumlichkeiten im Hauptschulbereich kein Handlungsbedarf bestünde. Der Kreis sei lediglich als Träger der Hauptschulen in den Schulzentren Alzey und Wörrstadt gefordert, die anderen Hauptschulen seien Aufgabe der Städte und VG. Er wies darauf hin, dass die Schülerzahl an den Alzeyer Gymnasien weiter zunehme, was zu einer Überbelegung führe. Erst ab dem Jahr 2010/2011 werde es auch hier zu einem Rückgang kommen. Er ging dazu auf die in der Vorlage dargestellten Reaktionen der Stadt Worms und des Landkreises Mainz-Bingen ein. Er wies darauf hin, dass die Errichtung der IGS Nieder-Olm möglicherweise mit einer Entlastung der IGS Wörrstadt verbunden sei. Die Entlastung für den Gymnasialbereich werde jedoch relativ gering ausfallen.

Er machte deutlich, dass die Schulentwicklungsplan eine Bestätigung der Politik in den vergangenen Jahren sei, in denen der Kreis erheblich investiert habe. Fehlinvestitionen seien dabei nicht getätigt worden.

**Fraktionsvorsitzender Kiefer (SPD)** begrüßte, dass der 1998 beschlossene Maßnahmenkatalog fast vollständig umgesetzt sei. Der Landkreis habe seine Aufgabe als Schulträger vorbildlich erfüllt. Auch die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes sehe keinen weiteren Investitionsbedarf vor. Die Engpässe der Gymnasien im Landkreis könnten durch die Aufnahmebereitschaft der Stadt Worms und des Landkreises Mainz-Bingen aufgefangen werden. Der Schulentwicklungsplan hebe besonders die wertvolle Aufgabe des Aufbaugymnasiums Alzey in der Schullandschaft hervor. Gleichwohl dieses in der Trägerschaft des Landes stünde, werde es hauptsächlich von Schülern aus dem Landkreis besucht und trage somit zur Entlastung der Alzeier Gymnasien und der IGS Wörrstadt bei.

Er begrüßte ausdrücklich die Unterstützung des Kreises bei der Verwirklichung von Ganztagsschulangeboten. Der Schulentwicklungsplan spiegele wider, dass der Bildung eine hohe Priorität eingeräumt werde und ein klares Bekenntnis vorhanden sei, in bildungspolitischen Fragen Verantwortung zu übernehmen.

**Kreistagsmitglied Wagner** signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes. Der Kreis habe seinem bevölkerungsmäßigen Wachstum Rechnung getragen, indem man die Schulen angepasst und auf den aktuellen Stand gebracht habe. Daher verfüge der Kreis über eine hervorragende Schullandschaft. Die Investition in die Zukunft der Kinder rechtfertige die hohe Verschuldung, die mit den Maßnahmen im Schulbereich einhergingen. Er hoffe, dass sich der Kreis in ein paar Jahren nicht mit dem Leerstand und der damit verbundenen anderweitigen Nutzung der Schulen auseinandersetzen müsse.

Die **stellv. Fraktionsvorsitzende Kolb-Noack (Bündnis 90/Die Grünen)** begrüßte, dass der Kreis die Erstellung eines Schulentwicklungsplans in Auftrag gegeben habe. Allerdings habe der Kreis die darin genannten Maßnahmen nicht so konsequent umgesetzt wie von Herrn Krämer-Mandau vorgeschlagen. Im Hinblick auf den Schülerverkehr mache der neue Schulentwicklungsplan Vorschläge, wie der Standort Alzey entlastet werden könne. Sie forderte, dass der Kreis gegenüber integrierten Systemen und der Ganztagsbetreuung, wie im Schulentwicklungsplan vorgeschlagen, noch offener sei, um Kinder gerecht fördern zu können.

**Fraktionsvorsitzender Busch (FWG)** führte aus, dass der Landkreis im Hinblick auf die Schulbauten und die Ausstattung der Schulen in den letzten Jahren vorbildlich gehandelt habe. Die noch auszuführenden Punkte des Maßnahmenkatalogs seien bereits in Auftrag gegeben, so dass der Landkreis im schulischen Bereich sehr gut dastehe. Er gehe davon aus, dass die Schulen in ein paar Jahren in gewissen Bereichen keinen Überhang oder Leerstand verzeichnen müssten. Er betonte, dass die hohen Investitionen des Kreises in die Bildung gerechtfertigt seien. Daher werde seine Fraktion der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes zustimmen.

**Fraktionsvorsitzender Lind (FDP)** signalisierte Zustimmung seiner Fraktion zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes. Auch sie befürworte die hohen Investitionen des Kreises im Bereich Bildung.

**Kreisbeigeordneter Erbes** räumte ein, dass der Schülerverkehr in Alzey nicht unproblematisch sei. Allerdings arbeite der Kreis konsequent daran, um die Situation zu verbessern. Der Kreis stehe in gutem Kontakt zu den Schulen und sei bemüht, jedem Defizit nachzugehen. Er bat um Verständnis, dass Probleme nicht „von heute auf morgen“ beseitigt werden könnten.

**Landrat Görisch** merkte an, dass die Entscheidung zur Umsetzung der Vorschläge im Schulentwicklungsplan letztlich beim Kreistag liege. Er sehe keinen Nachteil, wenn die Schüler aus dem Süden des Landkreises die Gymnasien in Worms besuchen würden und dadurch gewisse Verkehrs- und Wirtschaftsbeziehungen entstünden. Anbetracht der hohen Investitionen, die der Kreis in den letzten Jahren

getätigt habe, wolle man nach Möglichkeit Baumaßnahmen vermeiden, für die es in einigen Jahren keine Verwendung mehr gebe. Der Überhang bei den Gymnasien werde in den nächsten 5 Jahren zurückgehen, so dass dann wieder normale Verhältnisse eintreten würden.

Im Hinblick auf die Einführung weiterer integrativer Systeme im Landkreis führte Landrat Görisch aus, dass die Regionale Schule nicht den erhofften Zuspruch erhalten habe. Daher sei zunächst die weitere Entwicklung abzuwarten. Auch das Land sei in den nächsten Jahren in besonderer Weise gefordert, da es auf Dauer keinen Sinn mache, eine Schulform fortzuführen, die nur von 13% der Schüler besucht werde. Hier müsse eine bildungspolitische Vorgabe seitens des Landes erfolge. Er machte deutlich, dass mit der Errichtung einer weiteren Integrierten Gesamtschule oder eines Gymnasiums Investitionen in Millionenhöhe verantwortet werden müssten. Das derzeitige Angebot des Landkreises stelle eine gute Ausgangsbasis für Beruf oder Studium dar.

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes in der vorgelegten Fassung mit den ergänzenden Feststellungen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Form der Abstimmung:**

Offen

<b>Tagesordnungspunkt: 5</b>	<b>Drucksachenummer: 130/2006</b>
------------------------------	-----------------------------------

Ersatzwahlen für das ausgeschiedene Mitglied des Kreistages Herrn Knut Benkert (SPD)

**Vorlagentext:**

Herr Knut Benkert (SPD) hat mit Schreiben vom 04. August d.J. sein Kreistagsmandat und alle damit verbundenen „Delegationen“ mit Ablauf des 31.08.d.J. niedergelegt. Demzufolge enden seine Funktionen in allen Gremien, in die er vom Kreistag gewählt wurde; mithin haben entsprechende Ersatzwahlen stattzufinden.

Die Mitglieder der besagten Gremien wurden seinerzeit aufgrund eines gemeinsamen Wahlvorschlages nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen im Kreistag gewählt. Unbeschadet dessen werden Ersatzleute gem. § 39 Abs. 1 LKO auf Vorschlag der politischen Gruppe, von der das ausgeschiedene (Ausschuss)-Mitglied vorgeschlagen worden war, durch Mehrheitswahl gewählt. Demzufolge steht für die zu wählenden Ersatzpersonen der SPD-Fraktion das Vorschlagsrecht zu.

Da als Ersatzperson für Herrn Benkert im Kreisausschuss und im Schul- und Kulturausschuss jeweils ein bisheriges stellv. Mitglied vorgeschlagen wird, wird an dessen Stelle ein neues stellv. Mitglied vorgeschlagen.

Die von der SPD-Fraktion vorgeschlagenen Personen sind bei den jeweiligen Gremien benannt.

**Ergänzung:**

Herr Knut Benkert hat mit Schreiben vom 04. August d.J. sein Kreistagsmandat und alle damit verbundenen „Delegationen“ mit Ablauf des 31.08.d.J. niedergelegt. Demzufolge endet auch seine Funktion als Vertreter in der Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe und es hat eine Ersatzwahl stattzufinden.

Nach § 15 Landesplanungsgesetz i.V.m. § 6 der Satzung der Planungsgemeinschaft entsendet der Landkreis neben dem Landrat 7 weitere Mitglieder und Stellvertreter. Hiervon sind mindestens die Hälfte = 4 aus Vorschlägen der Vertretungsorgane der verbandsfreien Gemeinden/Verbandsgemeinden zu wählen.

Seinerzeit (Wahl am 14.09.2004) wurden vorgeschlagen:

<b>Kommune</b>	<b>Mitglied</b>	<b>Stellvertreter</b>
Stadt Alzey	Bürgermeister Knut Benkert	Beigeordneter Wolfgang Dörrhöfer
Stadt Osthofen	Bürgermeister Bernd Müller	Beigeordneter Reinhold Unkelbach
VG Alzey-Land	Bürgermeister (N.N.)	
VG Eich	Bürgermeister Gerhard Kiefer	Herr Leo Jugenheimer
VG Monsheim	Bürgermeister Ralph Bothe	Beigeordneter Walter Hahn
VG Westhofen	Bürgermeister Walter Wagner	Beigeordneter Gerhard Blüm
VG Wöllstein	Bürgermeister Franz-Jos. Lenges	Beigeordneter Hansjörg Jung
VG Wörrstadt	Bürgermeister Markus Conrad	Beigeordneter Gg.-Heinz Nehrbass

Vom Kreistag wurden gewählt als Vertreter der Kommunen:

<u>Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. Herr Knut Benkert	(Stadt Alzey)	Herr Ralph Bothe	(VG Monsheim)
2. Herr Franz Josef Lenges	(VG Wöllstein)	Herr Bernd Müller	(Stadt Osthofen)
3. Herr Walter Wagner	(VG Westhofen)	Herr Gerhard Blüm	(VG Westhofen)
4. Herr Markus Conrad	(VG Wörrstadt)	Herr Gg.-Heinz Nehrbass	(VG Wörrstadt)

als Vertreter des Kreistags:

<u>Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. Herr Gerhard Kiefer, Eich		Herr Ingo Kleinfelder, Wörrstadt	
2. Herr Heinz-Herm. Schnabel, E.-Büdesheim		Herr Jan Metzler, Dittelsheim-Heßloch	
3. Herrn Fritz Orb, Westhofen		Herr Georg-Heinz Clar, Alzey	

Die Stadt Alzey hat mittlerweile als Ersatzperson für Herrn Benkert Herrn Heiko Sippel (Beigeordneter) vorgeschlagen. Die SPD-Fraktion schließt sich diesem Vorschlag an.

### **Beschluss:**

Der Kreistag beschließt gem. § 33 Abs. 5 LKO über die nachfolgenden Wahlen offen abzustimmen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

### **Form der Abstimmung:**

Offen

### **Wahlen**

#### **1. Kreisausschuss**

Der Kreistag wählt als Mitglied das bisherige stellvertretende Mitglied, Herrn Bürgermeister Ralph Bothe, Flörsheim-Dalsheim und als neues stellvertretendes Mitglied Frau Ute Hübner, Flonheim.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig

#### **2. Schul- und Kulturausschuss**

Der Kreistag wählt als Mitglied das bisherige stellvertretende Mitglied, Frau Christel Corell, Gundersheim und als neues stellvertretendes Mitglied Herrn Klaus Willius, Eich.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig

#### **3. Sozialausschuss**

Der Kreistag wählt als Mitglied Herrn Klaus Willius, Eich.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig

4. Schulträgerausschuss

Der Kreistag wählt als Mitglied Herrn Klaus Willius, Eich.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig

5. Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr

Der Kreistag wählt als stellvertretendes Mitglied Herrn Klaus Willius, Eich.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig

6. Verbandsversammlung Zweckverband Rheinhessisches Schullandheim Miltenberg

Der Kreistag wählt als weiteren Vertreter des Landkreises Herrn Werner Steinmann, Alzey.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig

7. Verbandsversammlung Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Nahe (RNN)

Der Kreistag wählt als weiteren Vertreter des Landkreises Herrn Bürgermeister Gerhard Kiefer, Eich.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig

8. Verbandsausschuss Bio-Kompostverband Alzey

Der Kreistag wählt als weiteren stellv. Vertreter des Landkreises Herrn Klaus Willius, Eich.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig

9. Aufsichtsrat Rheinhessen-Information GmbH.

Der Kreistag wählt als weiteren Vertreter des Landkreises Herrn Werner Steinmann, Alzey.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig

10. Gesamtvorstand Rheinhessenwein e.V. (Amtszeit bis 31.12.2007)

Der Kreistag wählt als weiteren stellvertretenden Vertreter des Landkreises Herrn Bürgermeister Ralph Bothe, Flörsheim-Dalsheim.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig

11. Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe

Der Kreistag wählt Herrn Heiko Sippel als weiteren Vertreter in der Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig

<b>Tagesordnungspunkt:</b> 6	<b>Drucksachenummer:</b> 131/2006
------------------------------	-----------------------------------

Ersatzwahlen für das ausgeschiedene Mitglied des Kreistages Herrn Dr. Thorsten Lange (FDP)

**Vorlagentext:**

Herr Dr. Thorsten Lange (FDP) hat mit Schreiben vom 30. August d.J. sein Kreistagsmandat niedergelegt. Damit enden auch seine Funktionen in allen Gremien, in die er vom Kreistag gewählt wurde; mithin haben entsprechende Ersatzwahlen stattzufinden.

Die Mitglieder der besagten Gremien wurden seinerzeit aufgrund eines gemeinsamen Wahlvorschlages nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen im Kreistag gewählt. Unbeschadet dessen werden Ersatzleute gem. § 39 Abs. 1 LKO auf Vorschlag der politischen Gruppe, von der das ausgeschiedene (Ausschuss-) Mitglied vorgeschlagen worden war, durch Mehrheitswahl gewählt. Demzufolge steht für die zu wählenden Ersatzpersonen der FDP-Fraktion das Vorschlagsrecht zu.

Die von der FDP-Fraktion vorgeschlagenen Personen sind bei den jeweiligen Gremien benannt.

Wegen der künftigen zusätzlichen Funktionen von Herrn Lind bittet die FDP-Fraktion, ihn vom Rechnungsprüfungsausschuss zu entbinden und an seiner Stelle Herrn Heinz-Ulrich Geil zu wählen.

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt gem. § 33 Abs. 5 LKO über die nachfolgenden Wahlen offen abzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Form der Abstimmung:**

Offen

Wahlen

1. Kreisausschuss

Der Kreistag wählt als Mitglied Herrn Ulrich Lind, Gau-Odernheim.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig

2. Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr

Der Kreistag wählt als Mitglied Herr Heinz-Ulrich Geil, Monzernheim.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig

3. Werksausschuss

Der Kreistag wählt als stellvertretendes Mitglied Herrn Heinz-Ulrich Geil, Monzernheim.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig

4. Jugendhilfeausschuss

Der Kreistag wählt als stellvertretendes Mitglied Herrn Heinz-Ulrich Geil, Monzernheim.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig

5. Rechnungsprüfungsausschuss

Der Kreistag wählt als Mitglied an Stelle von Herrn Ulrich Lind Herrn Heinz-Ulrich Geil, Monzernheim.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig

6. Stiftungsrat der Stiftung für Weiterbildung und Kultur im Landkreis Alzey-Worms

Der Kreistag wählt als Mitglied Herrn Ulrich Lind, Gau-Odernheim.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig

7. Beirat der Arbeitsgemeinschaft „Jobcenter für Arbeitmarktintegration im Landkreis Alzey-Worms“

Der Kreistag wählt als Mitglied Herrn Dr. Norbert Wings, Wendelsheim.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig

**Tagesordnungspunkt: 7**

**Drucksachenummer: 132/2006**

Ersatzwahlen für das ausgeschiedene Mitglied des Psychiatriebeirates Herrn Peter Schreiber

**Vorlagentext:**

Durch einen Wechsel im Amt des 1. Vorsitzenden des Hilfsvereins Alzey/Rheinessen e.V. ist eine Umbesetzung im Psychiatriebeirat des Landkreises Alzey-Worms erforderlich.

Mit Schreiben vom 14.06.2006 teilt der Hilfsverein Alzey/Rheinessen e.V. mit, dass anstelle von Herrn Peter Schreiber nunmehr Herr Dr. Uwe Reinert den Hilfsverein Alzey/Rheinessen e.V. im Psychiatriebeirat vertreten soll.

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt gem. § 33 Abs. 5 LKO über die nachfolgende Wahl offen abzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Form der Abstimmung:**

Offen

Wahl

Psychiatriebeirat

Der Kreistag wählt als Mitglied Herrn Dr. Uwe Reinert, Hilfsvereins Alzey/Rheinessen e.V..

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig

**Tagesordnungspunkt: 8**

**Drucksachenummer: 133/2006**

Ergänzungswahl von Mitgliedern in den Integrationsbeirat

**Vorlagentext:**

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 21.06.2005 fünf Personen als Mitglieder des Integrationsbeirates gewählt, von denen mittlerweile eine aus persönlichen Gründen ausgeschieden ist.

Gemäß der vom Kreistag ebenfalls am 21.06.2005 beschlossenen Satzung über die Einrichtung des Integrationsbeirates soll dieser aus höchstens 7 Personen bestehen.

Die Vorsitzende des Integrationsbeirates, Frau Andrée Schmitt-Tudesque, hat vorgeschlagen, die nachstehenden Personen als Ergänzungsmitglieder zu wählen. Das Gremium besteht dann aus insgesamt 6 Mitgliedern:

- a) Frau Ouassila Boujardine, Alzey, tunesische Staatsangehörige
- b) Frau Ilena Mattinger, Gau-Odernheim, deutsche Staatsangehörige kubanischer Abstammung

**Beschlussvorschlag:**

Es wird vorgeschlagen, die vorerwähnten Personen als Mitglieder in den Integrationsbeirat des Landkreises Alzey-Worms zu wählen.

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt gem. § 33 Abs. 5 LKO über die nachfolgende Wahl offen abzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Form der Abstimmung:**

Offen



Wahl

Der Kreistag wählt die nachstehenden Personen ergänzend in den Integrationsbeirat:  
Frau Ouassila Boujardine, Alzey und Frau Ilena Mattinger, Gau-Odernheim

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig

<b>Tagesordnungspunkt:</b> 9	<b>Drucksachenummer:</b>
------------------------------	--------------------------

**Mitteilungen und Anfragen**

**Landrat Görisch** teilte mit, dass im Zuge der Neuordnung des Pflegehilfegesetzes die Pflegehilfekonferenz auf Vorschlag des Arbeitskreises der Hilfeplanung darüber zu entscheiden habe, bei welchen Sozialstationen Beratungs- und Koordinierungsstellen einzurichten seien. Bei der gestrigen Sitzung des Arbeitskreises sei beschlossen worden, dass bei den Sozialstationen Wöllstein/Wörrstadt und Alzey weiterhin jeweils eine Beratungs- und Koordinierungsstelle bestehen soll. Für den Bereich des Wonnegaus habe man sich für den Pflegedienst Tiedtke entschieden. Daher werde die Beratungs- und Koordinierungsstelle bei der Sozialstation Osthofen aufgegeben. Die Inhaberin der Stelle befinde sich derzeit in der Familienphase. Er gehe davon aus, dass die Zustimmung seitens der ADD erteilt werde.

Im Anschluss fand eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss **Landrat Görisch** die Sitzung um 16.15 Uhr.

gez. Unterschrift

gez. Unterschrift

(Görisch)  
Landrat

(Marx)  
Schriftführerin